Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

P.b.b.
Preis: S 8,-

Erscheint jeden zweiten Montag. Redaktion: Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180.-, Halbjahresabonnement S 100.- Zu beziehen über: KB Österreichs — Vertrieb

Nr. 21/80
8.9.1980

Metallerlöhne: Kann Kapitulationspolitik durchkreuzt werden?

Die hauptsächlichen Forderungen der Metallarbeitergewerkschaft für die Kollektivvertragsrunde sind: 7,8% auf die Ist-Löhne, mindestens aber 500,-, 9,8 % auf die KV-Mindestlöhne, Abschluß per 1. Oktober, vage Wünsche bezüglich "Verbesserung für Schwer- und Schwerstarbeiter" und "Gleichstellung der Frauen". Von den 7,8% würden netto höchstens etwa 6% bleiben – was bereits unter der Inflationsrate liegt, die von 1.9.79 bis 1.9.80 7,3% beträgt. Läßt sich die Gewerkschaftsführung wie soeben bei den Schuharbeitern etwa ein Viertel der Forderung herunterhandeln, dann blieben netto überhaupt nur mehr 4-4,5%. Kein Benya-Geschwätz über "1% Reallohnsteigerung" schafft die 2% Reallohnabbau aus der Welt, die dann in der Bilanz des letzten Jahres bleiben. Die Mindestforderung ist reine Augenauswischerei, denn bei 7,8% würde sie nur für Bruttolöhne bis etwa 7000,- wirksam, daher für nicht einmal ein halbes Prozent der Metallarbeiter.

Die Kapitalisten haben die Forderung für "nicht akzeptabel" erklärt. Oft wird jetzt auf die angeblichen "Lehren" von 1975 verwiesen: "Überhöhte Lohnforderungen" hätten die Krise zumindest beschleunigt, und von damaligen Lohnerhöhungen hätte sich die Wirtschaft bis heute nicht erholt. Man dürfe nicht denselben Fehler noch einmal machen. Der "überhöhte" Abschluß betrug 1975 10% nach 15 Monaten – zu einer Zeit, als die Inflation fast 10% in 12 Monaten erreichte. Und die Krise war zu dieser Zeit bereits in vollem Gang, die hohe Inflationsrate in den Monaten zuvor war ja gerade ein zeichen für das Umkippen der Hochkonjunktur in der Krise..

Kann die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung noch durchkreuzt werden? Was die Lohnforderung betrifft, heißt das: Kann die Forderung noch nach oben revidiert werden? Das ist zumindest sehr schwer und würde gewaltigen Druck aus den Betrieben und von der Basis her erfordern. Aussichtsreicher ist es, jetzt die Kräfte zu konzentrieren auf die Verankerung der Urlaubsforderung des Metallarbeitergewerkschaftstages im Forderungspaket der Gewerkschaft, für die Aufnahme der Forderung nach Abschaffung der Lohngruppen 6, 7 und 8 und auf einen rückwirkenden Abschluß per 1. September. An diesen Punkten kann die Kapitulationspolitik der Führung durchkreuzt werden. Und sich darauf zu konzentrieren, ist auch das stärkste Druckmittel in puncto Lohnforderung selbst.

Siehe unseren Artikel auf Seite 6.

Polen: Ein grosser Sieg der Arbeiterklasse!



Die hiesige bürgerliche Propaganda mußte, nachdem sie von Anfang an den Streik als aussichtslos und gefährlich hingestellt hatte, dieselbe Linie wie das polnische Regime vertreten: "Es gibt weder Sieger, noch Verlierer". Eine halbe Minute nachdem der Regierungsvertreter Jagielski (rechts) dies gegenüber Streikführer Walesa (links) und den Streikenden erklärt hatte, wurde dieses Bild aufgenommen. Zeigt es nicht klar, wer der Sieger und wer der Verlierer ist?

Die polnische Arbeiterklasse hat einen großen Sieg errungen. das Regime eine schwere Niederlage eingesteckt. Der Sturz Giereks und seine Ablöse durch Kania sind Ausdruck der Krise des Regimes. Führt die Regierung die Vereinbarungen mit den Arbeitern nicht durch, dann stehen neue Massenstreiks auf der Tagesordnung. Führt die Regierung die Vereinbarungen durch, dann wird das politische Regime noch mehr untergraben, als es das bereits ist, die Ausbeutung radikal eingeschränkt, die Kampfposition der Arbeiterklasse enorm gestärkt. Die jetzigen Massenstreiks waren nur Anfang eines Aufschwungs der Arbeiterbewegung, der letztlich auf den Sturz des Regimes und die Beseitigung der neokolonialen Abhängigkeit von der Sowjetunion hinzielt. Natürliche Folge: Heftige Auseinandersetzungen in der polnischen Parteispitze: Gewalt vermeiden oder die Arbeiterbewegung mit Gewalt niederschlagen? Gewalt anzuwenden ist riskant, aber sie nicht anzuwenden ebenfalls. Diese Auseinandersetzungen haben sich nach Beendigung der Streiks noch verschärft. Auch die Widersprüche zwischen dem polnischen Regime und seinen sowjetischen Oberherren haben sich immer mehr zugespitzt. Moskau hat in den letzten Tagen unverhohlen die "Laxheit" und "Zurückhaltung" des Regimes kritisiert. Die siegreichen Streiks waren auch ein Schlag gegen den sowjetischen Neokolonialismus in Polen. Irgendwann kommt man um eine Intervention sowieso nicht herum, ist das Kalkül des Kreml, daher besser rechtzeitig, als immer weitreichendere Zugeständnisse zu machen. Gegenüber den Arbeitern kann die Absetzung Giereks keinerlei "beschwichtigende" Wirkung haben, sie haben bereits vor einer Woche zu den Änderungen in der Partei- und Staatsspitze gesagt: "Die neuen Leute sind alte Leute." Der neue Parteivorsitzende ist auch nur der alte Verantwortliche für Polizei und Militär.

Siehe unsere Beiträge auf den Seiten 2,9 +10.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: [illegible]. Alle: 1050 Wien, Kleine Neugasse 11 / 18. Eigendruck

Anläßlich des Kampfes der polnischen Arbeiterklasse haben auch in Österreich die verschiedenen politischen Kräfte Farbe bekennen müssen. Sie haben es getan, entsprechend der Stellung die sie zu den inneren Verhältnissen Österreichs einnehmen und nicht anders.
Und gerade die Sozialdemokraten, die doch bekanntlich "immer an der Seite der Arbeiter" standen und stehen, wie Kreisky unlängst formulierte, haben sich dabei gründlich demaskiert. Sie, die größten Anhänger des "Demokratischen Sozialismus", die Freunde der "sozialistischen und demokratischen Opposition" in Osteuropa, sie hatten Gelegenheit aus ihren Worten Taten zu machen - und haben angesichts dieser prekären Situation statt Taten zu setzen, lieber die schönen Worte gestrichen.

Wie die einstimmige Erklärung der ÖGB-Spitze, als auch der Bericht über die "Solidaritäts"-veranstaltung (beides auf dieser Seite abgedruckt) zeigen, ist von Kräften die auch in Österreich dem Kampf der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehen nicht zu erwarten, daß sie den Kampf der Arbeiterklasse eines anderen Landes unterstützen. Und so pflegt die sozialdemokratische ÖGB-Spitze weiterhin Beziehungen zu den faschistischen Henkern in Polen und deren russischen Oberherrn, während sich ihr "linkes" Gewissen in Form von SJ, JG, GE und Trotzkisten darüber den Kopf zerbricht, wieweit man die Nichtunterstützung der polnischen Arbeiter damit rechtfertigen kann, daß man "den Sozialismus" nicht angreifen will, ohne dabei vollends das Gesicht zu verlieren. (gf)

Ein Dokument der Scheinheiligkeit

ÖGB-RESOLUTION:

Zu den Vorgängen in Polen stellt das Präsidium des ÖGB in einer Erklärung einstimmig fest:

Der ÖGB nimmt großen Anteil an den gegenwärtigen Bestrebungen der polnischen Arbeiter um ihre Rechte auf unabhängige Gewerkschaften und freie Gewerkschaftswahlen; auf mehr Mitsprache in den Betrieben und um die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.
Der ÖGB bekundet Achtung für die Disziplin und das Verantwortungsbewußtsein der Streikenden und erklärt sich mit ihren Zielen, die Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Polen zu verwirklichen, solidarisch. Er erwartet, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der polnischen Regierung und den Streikenden mit einem befriedigenden Ergebnis abgeschlossen werden und jede Gewaltanwendung - von welcher Seite immer - vermieden wird.
Wie auch die Entwicklung in Polen zeigt, sind freie Gewerkschaften - gleichgültig, ob sich die Betriebe in privater oder öffentlicher Hand befinden - für die offene Austragung natürlicher Interessensgegensätze unerläßlich. Freie, unabhängige Gewerkschaften sind eine Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft, in der die Arbeitnehmer über ihr Schicksal mitsprechen und mitentscheiden können.

26. August 1980

Der ÖGB hat eine "Überzeugung": Freie Gewerkschaften sind gut. Schwerlich könnte auch das Präsidium offen gegen den Streik der polnischen Arbeiter und ihre Forderungen auftreten. Jedoch: Der ÖGB unterhält nach wie vor Beziehungen zu den Staats"gewerkschaften" und lehnt es ab, tatsächliche Beziehungen zu den neuen Arbeitergewerkschaften herzustellen. Im Unterschied zu anderen Gewerkschaften des Westens unterstützt er die polnische Arbeiterbewegung nicht materiell. Der ÖGB ist nicht für einen Sieg der Arbeiterklasse Polens, sondern für eine "funktionierende Wirtschaft". Er warnt nicht vor einer sowjetischen Intervention, sondern vor "Gewaltanwendung von welcher Seite immer". Heuchelei von A bis Z, Herunterzerren und Verstümmeln der Ziele und Forderungen der Arbeiter, "Neutralität" statt Unterstützung der Arbeiter, scheinheilige Phrasen zur Tarnung einer reaktionären Politik. Kein Wunder, daß diese Resolution (die der internationale Sekretär des ÖGB, Hummel, mündlich erläutert hat - siehe Seite 9) einstimmig, d.h. mit den Stimmen der KPÖ-ler im Präsidium beschlossen wurde! (wl)

Reformistische "Solidarität" mit den polnischen Arbeitern

Die Streiks der polnischen Arbeiterklasse haben in Österreich große Sympathie hervorgerufen. In Wien drückte sich das unter anderem im regen Besuch einer Veranstaltung des "Sozialistischen Osteuropa-Komitees" aus. 250 bis 300 Menschen waren gekommen, um Solidarität mit den polnischen Arbeitern zu üben. Doch die Veranstaltung diente weniger der Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse, als vielmehr der Bemäntelung und Beschönigung der sozialimperialistischen Vorherrschaft über ganz Osteuropa und Polen und der Diktatur der polnischen Bourgeoisie.
Ein Vertreter der Jungen Generation in der SPÖ bekannte sich wie sein Chef Kreisky dazu, daß die Sozialisten als Arbeiterpartei "immer an der Seite der Arbeiter" stünden. Zwar stimme er mit der "ökonomischen Logik in Polen" und mit der "Bürokratie" nicht überein, doch seien die Streiks und die Forderungen der Streikenden ein "Vorwärts zu einer neuen Qualität des Sozialismus".
Ganz im Gegensatz zu den polnischen Arbeitern ging er davon aus, daß der "real existierende Sozialismus" in Polen tatsächlich real existiert, daß die niedrigen Löhne und die schlechte Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Fehler in der Planung seien, daß die Ausplünderung des Landes durch die sowjetischen Oberherren wohl auch Fehler seien, daß die faschistische Herrschaft der polnischen Bourgeoisie Fehler und Mängel des Sozialismus seien. Die Frage nach den Klassenverhältnissen beantwortete der Sozialdemokrat ganz eindeutig: "Sozialismus, Herrschaft der Arbeiterklasse mit Mängeln".
In ihren Streiks hat die polnische Arbeiterklasse klar und deutlich gezeigt, daß es ihr nicht um eine "Demokratisierung" der Verhältnisse geht, sondern um einen Kampf gegen die Untergrabung ihrer Reproduktion durch die polnischen Bourgeois und ihre sowjetischen Oberherrn; daß es ihr nicht um die "Reformierung" der faschistischen gelben Staats"gewerkschaften" geht, die ein Instrument des Klassenfeindes sind, sondern um deren Beseitigung und die Schaffung eigener Klassenorganisationen - von freien, unabhängigen (d.h. von der Bourgeoisie unabhängigen) Gewerkschaften, um die grundlegenden Voraussetzungen dafür zu schaffen, den Klassenkampf erfolgreich führen zu können. Die elementarste Organisation, die die Arbeiter für den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung brauchen, ist die Gewerkschaft. Nur sie kann alle Arbeiter im Kampf gegen das Kapital zusammenschließen.
Von diesem Gedanken sind aber "rechte" wie "linke" Sozialdemokraten ebenso entfernt, wie ihre Anhängerschaft in der "Gewerkschaftlichen Einheit" und im Lager der Trotzkisten. So wie sie alle zusammen die Aussöhnung der österreichischen Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie predigen, die einen vielleicht ohne, die anderen vielleicht mit Befürwortung von Streiks, so propagieren sie der polnischen Arbeiterklasse die Aussöhnung mit ihrer Bourgeoisie und den russischen Neuen Zaren.

So wurde auf der Veranstaltung bekannt, daß die "Gewerkschaftliche Einheit" zwei Telegramme nach Polen geschickt hat: eines an das Streikkomitee von Gdansk - "Wir unterstützen Euren Kampf für mehr Gewerkschaftsrechte" - und eines an die gelben Staats-"gewerkschaften", in dem sie sie daran erinnern, daß Arbeiträte und gewerkschaftliche Demokratie doch ein unveräußerlicher Bestandteil der sozialistischen Demokratie wären.
Mit einer solchen Orientierung wären die polnischen Arbeiter geradewegs in die Niederlage marschiert. Sie haben sich jedoch von den "linken" Sozialdemokraten und ihren "linken" Aftersassen nicht davon abhalten lassen, auf ihrem siegreichen Weg vorwärtszuschreiten.
Auf der Versammlung wurde dann von Sozialdemokraten, Trotzkisten u.ä. große Sorge darüber bekundet, daß bürgerliche Zeitungen die polnischen Streiks dazu nutzten, um den Kommunismus als Perspektive des Proletariats zu diskreditieren. Die Sorge galt aber nicht etwa der Tatsache, daß das polnische System mit dem Kommunismus nicht das geringste zu tun hat, sondern dem Umstand, daß dies ein Angriff auf den Sozialismus in Polen sei, dem man als anständiger österreichischer "Linker" entgegenzutreten habe. Indem sie die Stirn aufbrachten, die polnischen Verhältnisse als sozialistisch zu bezeichnen, wie das außer ihnen in Österreich höchstens die KPÖ tut, sorgten sie denn auch dafür, daß weitere Munition für die Staberl und Schulmeister vorhanden ist, um den Kommunismus schlecht zu machen.
Aufgrund der "großen Probleme" die solcherart für den "Linken" durch den Streikkampf geschaffen würden, sprachen alle Redner ihre Überzeugung aus, daß es in erster Linie nötig sei, diese "Probleme aufzuarbeiten". Ähnliches hatte übrigens SJ-Obmann Cap bereits zur Stellung der Jung-SPler zum sowjetischen Überfall auf die CSSR gesagt. So wie diese Aufarbeitung damit endete, daß man dem tschechoslowakischen Widerstand in den Rücken fiel und praktisch für die russischen Besatzer Partei ergriff, so muß auch diesmal mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet werden.
Die Veranstalter brachten jedenfalls eine ganze Unsumme von Einwänden und Vorbehalten, um die so dringend nötige Unterstützung der polnischen Arbeiter auf später zu verschieben, was sich in sinkendem Interesse der Zuhörerschaft und fortschreitender Leerung des Saales niederschlug.
Am Ende wandten sich die Veranstalter gar entrüstet gegen die Forderung, der ÖGB möge seine Beziehungen zur polnischen Staats"gewerkschaft" abbrechen und die wirklichen Gewerkschaften anerkennen und ließen die "Solidaritäts"veranstaltung im allgemeinen Gewäsch einer vagen Sympathiebezeugungsresolution enden. Kein Wunder, daß das Ergebnis einer Saalspendensammlung nicht mehr als 1000 Schilling betrug. Mit ihrer "Solidaritäts"veranstaltung bremsten die Reformisten jeglichen wirklichen Schritt der Solidarität. (hl)

MALTA WEIST LIBYSCHE EXPERTEN AUS

"Malta betrachtet das Verhalten Libyens als das eines Feindes. Daher werden in einer ersten Etappe von Maßnahmen alle libyschen Militärexperten des Landes verwiesen, da sie eine Gefahr für die Freiheit der Insel darstellen", gab das Außenministerium Maltas am 27. August bekannt. Die 50 libyschen Militärberater, die zwischen 1974 und 1978 ins Land gekommen waren, um die Maltesische Armee in der Bedienung von Flugzeugen und Hubschraubern zu unterweisen, müssen Malta verlassen.
Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten haben sich in den vergangenen Monaten dramatisch verschlechtert. Libyen hat eine Reihe von Kooperationsverträgen nicht eingehalten und sich, angestachelt durch die sowjetischen Sozialimperialisten, ständig in die inneren Angelegenheiten Maltas eingemischt. Als daraufhin eine maltesische Organisation Anschläge gegen das Luftfahrbüro und das Kulturinstitut Libyens durchführte, antwortete Libyen mit der Seeblockade der Bohrinsel Saipem II vor der maltesischen Küste mit U-Booten.
Grund für die libyschen Einmischungsversuche und Aggressionen ist die konsequent unabhängige und blockfreie Politik Maltas, die den sozialimperialistischen Ambitionen der Sozialimperialisten im Mittelmeer zuwiderlaufen. Libyen und Syrien, die beide unter stärkstem Sowjeteinfluß stehen und als Sprungbretter für einen sowjetischen Überfall im Mittelmeerraum ausgebaut werden, wollen eine engere Kooperation eingehen. (gm)

SOMALIA WEHRT ÄTHIOPISCHE AGGRESSION AB

Die somalische Nachrichtenagentur berichtete von einem massiven Überfall äthiopischer Truppen auf Nordostsomalia zu Lande und in der Luft. Während etwa 5.000 Bodentruppen in einer Front von 45 Kilometer zwischen Kalabayd und Boroma auf somalisches Gebiet vordrangen, bombardierten MIG-21 fünf somalische Städte. Der somalische Präsident Siad Barre gab bekannt, daß die Aggression zurückgeschlagen werden konnte. Auf äthiopischer Seite gab es 95 Tote und 70 Verwundete, auf somalischer Seite gab es 24 Tote und 30 Verletzte. Eine äthiopische MIG-21 wurde abgeschossen.
Diese äthiopische Aggression war von langer Hand vorbereitet und in Moskau geplant worden. Sie war Teil des bisher völlig erfolglosen Vernichtungsfeldzugs kubanisch-äthiopischer Truppen, die - geführt von sowjetischen Offizieren - den Befreiungskampf des Volkes von Westsomalia (Ogaden) ersticken wollen. Sie steht aber andererseits auch in engem Zusammenhang mit dem Abkommen zwischen den USA und Somalia, das einen 40 Millionen Dollar-Kredit für die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft Somalias im Austausch mit der Überlassung des von den Sowjets erbauten Stützpunkts Berbera vorsieht. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertrags begann die Aggression.
Schon drei Wochen zuvor hatte Äthiopien in der OAU Somalia beschuldigt, seinerseits Äthiopien zu bedrohen. Der Berbera-Vertrag bedeutete eine "Bedrohung Äthiopiens", und Addis Abbeba behalte sich "angemessene Maßnahmen" vor. Deren erste war nun der jüngste äthiopische Überfall, der fehlgeschlagen ist, immerhin aber bei den USA dazu geführt hat, daß Carter meinte, der Konflikt könnte "die Ratifizierung des Vertrags verzögern". (gm)

Postamt 5020 Salzburg

Noch diesen Monat sollen die Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst (Post, ÖBB, Gemeindebedienstete und öffentlich Bedienstete) beginnen. Der Kommunistische Bund vertritt die Ansicht, daß bei diesen Verhandlungen Gehaltserhöhungen um 9 Prozent, mindestens 900,- Schilling durchgesetzt werden müssen. Aber es geht nicht nur um Gehaltserhöhungen Bei den Verhandlungen sollten unbedingt auch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht werden. Vor allem geht es um Einschränkung der Nachtarbeit bzw. Verbesserungen für die Kollegen, die in der Nacht arbeiten müssen; Einschränkung der Überstunden. Das kann aber nur erreicht werden, wenn gleichzeitig durchgesetzt wird, daß zusätzliche Dienstposten geschaffen werden – und nicht wie in den letzten Jahren Personal eingespart wird. Außerdem muß ein erster Schritt zur Beseitigung des besonderen Dienstrechtes gemacht werden, da dieses die öffentlich Bediensteten entrechtet, an den Staat fesselt und auch den gewerkschaftlichen Kampf behindert.

In der letzten Nummer des KLASSENKAMPF haben wir ein Forderungsprogramm für die Postler gebracht. Die Zelle Post aus Salzburg schickte den folgenden Bericht über die Arbeitsbedingungen am Postamt 5020. Der Bericht zeigt nicht nur, wie notwendig unsere Forderungen sind. Er widerlegt auch die Märchen, daß es im Staatsdienst so schön sei und die Beamten viel besser dran sind als die meisten Arbeiter und Angestellten.



Briefzustellung: 7 Forderungen

Problem Nr. 1: Die Raumplage.
Der Zustellersaal ist viel zu klein. Über 150 Kollegen arbeiten hier. Morgens sind die Fenster beschlagen vom Dampf, der hier aufgeht. Durch die Platznot wird das Aufarbeiten der Post erschwert Insbesondere, wenn Massensendungen da sind. Die nehmen immer mehr zu. Für die Kataloge der Warenhäuser muß ein Zusteller oft mehrere Depotbeutel machen: ein zusätzliches Hindernis, wenn sie sich beim Saaleingang stauen.
Vor den Personalvertretungs-Wahlen war von Übersiedlung die Rede. In die alte Konsumfabrik. Nichts ist draus geworden. Inzwischen sind neue Rayons dazugekommen.
Neue Räumlichkeiten müssen her! Mit guter Entlüftung und ausreichenden sanitären Einrichtungen. Zwei Klos für 150 Leute sind zu wenig!

Problem Nr. 2: Massensendungen.
Für die Massensendungen bekommt man keinen Schilling – Gratisarbeit für die Kapitalisten, für die Zusteller unbezahlte Mehrarbeit. Eine Zulage dafür muß her, etwa in der Form des Paketstückgeldes!

Problem Nr. 3: Arbeitszeit und Sektionsaufteilung
Der Dienst beginnt um 6 Uhr. Die meisten Kollegen kommen aber schon zwischen 5 Uhr und 5 Uhr 30, weil sie sonst nicht fertig werden. Dagegen wäre notwendig: Verkleinerung der Sektionen, pro Sektion höchstens 5 Rayons! Dann kann die Post schneller und leichter aufgearbeitet werden und es muß niemand so früh kommen. Außerdem mehr Rayons! Im Sommer ist man zwar leicht einmal um 1 Uhr fertig. Aber bei schlechtem Wetter, im Winter, zu den Stoßzeiten, schaut das anders aus.

Problem Nr. 4: Abrechnen
Beim Abrechnen der Rückscheine ab 11 Uhr stehen oft 20 Kollegen Schlange. Der Unmut entlädt sich dann meist auf die Abrechner. die können nichts dafür. Auch hier muß mehr Personal her!

Problem Nr. 5: Personallage
Die Zahl der Postsendungen hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen, liest man im Geschäftsbericht der Verwaltung. Stimmt. Fast unverändert ist dagegen der Personalstand geblieben. Mehr Arbeitskräfte müssen her! Weiters erschwert der große Anteil an Urlaubsersatzkräften den Arbeitsablauf. Nichts gegen die Studenten, aber mehr Stammpersonal wird benötigt.

Problem Nr. 6: Einstufung
Die Kollegen verfügen über ein solides Fachwissen. Dennoch sind sie miserabel eingestuft, nämlich in D. Das bedeutet ein Gehalt, das weit unter einem Facharbeiterlohn liegt. Daher: Einstufung in C! Zustellen heißt ja nicht, einfach einen Brief in den Postkasten stecken; Zusteller müssen auch B-Tätigkeit verrichten (Geldzustellung!)

Problem Nr. 7: 40-Stunden-Woche.
Angeblich ist sie in Österreich verwirklicht. Tatsächlich gilt sie für die Zusteller nur auf dem Papier. Tatsächlich gibt es noch die 6-Tage-Woche. 40 Stunden sind genug! Notwendig dazu ist, daß die Entlohnung wesentlich besser wird, damit der Zwang nachläßt, zur Gehaltsaufbesserung Überstunden- und Samstagsarbeit machen zu müssen.



Grobsortierung

Briefumleitung: Schwere Arbeit im 12-Stunden-Turnus

Briefumleitung, 19 Uhr: Der Nachtturnus beginnt. Rund 50 Menschen, Ladedienste, Packmeister, Auswerfer, Entkarter, Versacker, Saaldienste, Roh- und Feinkartisten, nehmen ihre Arbeit auf. In zwei Räumen, beide nicht größer als 200 m² zusammen. Die Luft ist stickig, da die Fenster geschlossen sind. Öffnen kann man sie nur in den Pausen, da ansonsten die Arbeit durch die Fensterflügel behindert wird. Außerdem sind alle Türen zum Bahnsteig hin geöffnet, sodaß man in der Zugluft arbeiten müßte. Maßnahmen zur Entlüftung, etwa eine Klimaanlage? Nichts dergleichen.

Draußen zwischen den Beutelgestellen und vor dem Band herrscht Gedränge, ebenso drinnen zwischen den Kartierkästen. Bis 23 Uhr ist die Verstärkerpartie da, die dann am nächsten Nachmittag zwischen 12 und 19 Uhr Dienst hat, am folgenden Tag von 7 bis 12 Uhr und von 19 bis 7 Uhr. Die Partie draußen arbeitet im Viererturnus, drinnen die Kartisten im Fünferturnus. Die Arbeitszeit ist total den "betrieblichen Interessen" unterworfen. Abends, wenn die meisten Postämter geschlossen haben, konzentriert sich alles auf die Umleitung. Deshalb wird eine Verstärkerpartie, werden Teilzeitkräfte eingesetzt.

Nur im öffentlichen Dienst lassen sich derartige Arbeitszeitregelungen durchsetzen: 17 Stunden Arbeitszeit innerhalb von 24 Stunden! Ungesetzlich? Nein! Die Höchstarbeitszeit von 12 Stunden pro Tag wird nicht überschritten, zählt doch die Zeit von 7 bis 12 und von 19 bis 24 (also 10 Stunden) für einen Tag, die Zeit von 0 bis 7 (also 7 Stunden) für den nächsten Tag. Da man bekanntlich zwischen 24 und 0 Uhr keine Nachtruhe einnehmen kann, bedeutet diese formale Teilung in zwei Arbeitstage nur eines: nämlich daß die Postverwaltung ohne Rücksicht auf Gesundheit und unter Mißachtung aller durch Jahrzehnte erkämpfte Arbeiterschutzrechte die Arbeitskraft von zwei Tagen in unmenschlicher, eben kapitalistischer Weise, binnen einem Tag verkonsumiert. Und das bei zugleich hoher und stets wachsender Arbeitsintensität.

Um 21 Uhr eine kurze Verschnaufpause, 10 Minuten. Bis dahin haben die Rohkartisten bereits rund 120.000 Briefsendungen verarbeitet, ihre Zeitwerte (z.B. 33 Kleinstücke pro Minute) zwischen 100 und 200% überboten. Dennoch ist der Tisch, auf dem die ankommende Post gestapelt wird, noch hoch aufgehäuft.

Die Partie draußen hat Pause von 21 bis 22 Uhr. in dieser Zeit kommt keine neue Post mehr herein, es wird "abgearbeitet". Um 23 Uhr gehen die Verstärker heim. Es verkehrt nur mehr die Ringlinie, wer weiter außerhalb wohnt, braucht ein Fahrzeug, oder muß zu Fuß gehen. Die Pendler müssen in den miesen Unterkünften über dem lärmenden Bahnhof übernachten. Dafür müssen sie auch noch zahlen.

Um 24 Uhr endlich die große Pause für die Kartistenpartie, bis 1 Uhr. 1 Stunde Pause – aber nicht weil die Vewaltung so großzügig ist, sondern weil sie sich aus dem Dienstablauf so ergibt: denn in dieser Zeit fallen keine Abfertigungen an, kommen auch keine größeren Mengen an Post.

1 Stunde in einer Kantine, einem kleinen, muffigen Raum, der mit den Kollegen von der Paketumleitung geteilt werden muß. Für alle ist nicht genug Platz. einige ziehen es vor, auf dem Bahnsteig herumzuschlendern, oder richten sich mit Beuteln eine Unterlage zum Schlafen her. Essen gibt es keines, nur ein Getränkeautomat steht in der Kantine, meist schon leer.

Dann kommt der Wiener Zug mit mehrern Rollen, auf denen sich volle Postsäcke türmen. Die Müdigkeit macht sich breit, man arbeitet verbissen und einsilbig. Zeitweise hört man den Packmeister fluchen, in seiner Partie fehlen zwei Leute, die müssen eingearbeitet werden." "Im KZ wars auch nicht ärger!", schimpft er. Die Aufsicht murmelt etwas von "bessoffenem Hund" ... Es stimmt ja, getrunken wird im Nachtdienst, aber wen wundert das? Die schriftlichen Ermahnungen ("Äußerungen") der Verwaltung sind ein Hohn auf die miserable Lage der Kollegen. Auch in der Kartistenpartie fehlen drei. Zwei davon sind ersetzt durch Überstundler aus der vorherigen Partie. Sie arbeiten die zweite Nacht hintereinander, am nächsten Tag beginnt wieder ihr normaler Turnus, in 3 Tagen dann der nächst Nachtdienst. Der Verwaltung fällt es leicht, solchermaßen einzusparen, viele melden sich freiwillig für Überstunden, man braucht eben das Geld.

Um 3 Uhr 30 die nächste Pause, je nach Arbeitsanfall. Wieder eine natürliche Pause, nämlich Stehzeit da die Abfertigungen beendet sind und neue Post erst wieder um halb vier hereinkommt. Dann beginnt der "Endkampf", bis etwa 6 Uhr, bis die Lokalabfertigungen beendet sind. Dann dürfen die meisten heimgehen..

Ein paar müssen bleiben, Bereitschaft halten, bis die Morgenpartie kommt. Diese Arbeitszeitverkürzung hat sich auf stillem Weg durchgesetzt. Freilich auch nur deshalb, weil kaum noch Arbeit anfällt. Und auch nur außerhalb der Spitzenzeiten der Saison. Die Rechnung der Verwaltung lautet: Lieber die Leute früher heimgehen lassen, wenn keine Arbeit da ist, dafür braucht man die Dienstpläne die noch die 42-Stunden-Woche zur Grundlage haben, nicht ändern ...

Diesmal ist wieder Arbeit übriggeblieben: Einige Körbe voll Ansichtskarten, außerdem stehen im Keller noch einige Rollen mit Readers Digest und Wüstenrot-Geschäftsbriefen. Aber das wird die Vormittagspartie packen.

Müde verlassen die Kollegen die Räume. Einige waschen sich, die meisten gehen gleich, denn es gibt zu wenig Waschgelegenheiten, von Duschen schon gar keine Rede mehr, dazu fehlt es an Platz. Hygiene? – Die betrieblichen Interessen sind wichtiger, und die Hygiene gehört nicht dazu...

Und für die ganze Plackerei: Insgesamt lächerliche 72,- Schilling Nachtdienstzulage und die Überstunden für den verlängerten Dienstplan!



FORDERUNGEN DER KOMMUNISTEN ZUR SCHICHTARBEIT BEI DER POST

Daneben müssen noch zu Teilfragen Forderungen erhoben werden:
* Pausen: Die Deutsche Postgewerkschaft fordert für die Nachtarbeit 12 Minuten Pause pro Stunde. Diese Forderung muß auch unsere Gewerkschaft aufstellen.
* Essensversorgung mit hochwertiger Nahrung. Bezahlung durch die Verwaltung. – Der Staat holt sich aus der Nachtarbeit, dem Dienst rund um die Uhr nur Vorteile, die Kollegen haben nur Nachteile. Ein notwendiges Mittel gegen die Zerstörung der Arbeitskraft ist qualitativ hochwertige Nahrung.
* Betriebsmedizinische Versorgung. Auf diesem Gebiet sieht es katastrophal aus. Dementsprechend auch der Gesundheitszustand großer Teile der Schichtarbeiter.
* Unentgeltliche Pendlerbusse. Die Verwaltung braucht die Arbeitskräfte. soll sie auch dafür sorgen, daß die Kollegen zum Betrieb bzw. nach Hause gelangen.
* 38-Stunden-Woche bei Turnusdienst
* Verkürzung der Nachtarbeitszeit auf 6 Stunden
* Anrechnung des gesamten Nachtturnus als Nachtarbeitszeit.
* Anhebung der Nachtdienstzulage auf 50% des Gehalts

(siehe "Klassenkampf" 20/80 Seite 9)



Lohnsteuer: Durchschnittslohn muss steuerfrei sein!

Neben einer Reihe von in ihrem vollen Umfang noch gar nicht genau bekannten neuen Ausplünderungsmaßnahmen, wird es ab 1.1.1981 auch eine "Lohnsteuersenkung" geben: Die sogenannten "Bagatellbeträge" sollen so weit angehoben werden, daß Löhne und Gehälter bis monatlich 4.152 Schilling (bzw. mit Alleinverdienerabsetzbetrag bsi 5.152 Schilling) steuerfrei bleiben. Dies entspricht den Forderungen der ÖGB-Steuerkommission, die für Anfang 1981 keinerlei weitere Steuererleichterungen verlangt hatte.

Die Anhebung der Bagatellbeträge, wie sie Noch-Finanzminister Androsch für Anfang 1981 in Aussicht gestellt hat, nimmt keinerlei Einfluß auf die Lohnsteuerprogression. Der Sache nach verhält es sich so: Zwar setzt dieLohnsteuerpflicht schon weit unter 4.152,- Schilling ein, doch kassiert das Finanzamt die Steuer erst, wenn sie eine bestimmte Höhe ausmacht. Alle Steuerleistungen die darunter liegen werden "Bagatellbeträge" genannt, sind Beträge bei deren geringer Höhe es sich nicht auszahlt, die Einhebung (die ja mit nicht unbeträchtlichem Aufwand verbunden ist) durchzuführen.

Die Steuerreform wird also die Wirkung haben, das ein kleiner Kreis von Lohnabhängigen nun aus der Lohnsteuerpflicht herausfällt, während sich jedoch für alle anderen nichts ändert. Wer auch nur ein paar Schilling mehr als 4.152,- verdient, bei dem setzt dann die Progression bereits voll ein.

Daß der Staat beim Anziehen der Steuerschraube nicht nachlassen würde, war spätestens seit Mitte Juni zu erwarten, als ÖGB-Vizepräsident Dallinger als Chef der ÖGB-Steuerkommission erklärte, der ÖGB nehme darauf Kurs, daß es eine Steuerreform erst ab Anfang 1982 geben solle. Lediglich die inzwischen von Androsch ohnehin gewährte Anhebung der Bagatellbeträge war damals von Dallinger urgiert worden.

So hat es für die Regierung kaum eine Notwendigkeit gegeben, in ihrer Ausplünderungspolitik nachzulassen. Dazu hätte es schon des Drucks des ÖGB bedurft. Und ganz im Gegenteil konnte die Regierung natürlich annehmen, daß mit einem solchen Druck nicht zu rechnen sei, solange Dallingers Kurs im ÖGB unumstritten ist.

Somit scheint nun das Hauptziel des bürgerlichen Staates auf dem Sektor des Staatshaushalts, nämlich im Jahr 1981 keine Senkung der Massensteuern durchführen zu müssen, so gut wie durchgegangen. Mit Anfang 1981 wird es sicherlich zu keiner wirklichen Lohnsteuersenkung kommen und was den Termin 1.1.1982 betrifft, so hat hier der Staat seine Hände noch völlig frei.

Die ÖGB-Führung hat der Regierung dabei eindeutig die Mauer gemacht. Dabei mochte im Juni, als Dallinger mit seinen Vorschlägen an die Offentlichkeit trat, so mancher anders gedacht haben. Immerhin trat ja Dallinger nicht bloß dafür ein, daß 1981 die Ausplünderung zügellos weitergehen solle, sondern forderte gleichzeitig auch für Anfang 1982 eine Lohnsteuerreform, die insgesamt 12 Milliarden "kosten soll" und die vor allem für die Löhne und Gehälter zwischen 10.000 und 20.000 Schilling Erleichterungen bringen soll.

Tatsächlich hat sich aber bis zum heutigen Tag von Regierungsseite niemand an Dallingers 12 Milliarden - Forderung gestoßen. Vergleicht man die Reaktionen darauf mit den Reaktionen, die sagen wir die Forderung einer Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes nach auch nur einem halben Prozent mehr Gehaltserhöhung hervorrufen würde, ist das Ergebnis befremdend. Hier scheint es ja immerhin um 12 Milliarden zu gehen und trotzdem ist nicht einmal auch nur einmal "protestiert" worden. Im Gegenteil: Bisher hat es für die Politik der ÖGB-Steuerkommission nur Lob von Regierungsseite gegeben.

All das weist darauf hin, daß die seinerzeitige Forderung nach einer radikalen Reform ab Anfang 1982 vor allem den Zweck hatte, von einer radikalen Reform bereits ab Anfang 1981 abzulenken.

Nun, dieser Zweck scheint inzwischen erreicht und nun stellt sich auch die Frage, wie es ab Mitte 81 bis Anfang 82 weitergehen soll immer konkreter. Die ÖGB-Steuerkommission hat bisher kein einziges konkretes Wort über ihre Pläne verlauten lassen. So radikal Dallingers Äußerungen geklungen haben mögen, so wenig kann man beurteilen, worauf sie nun wirklich hinauslaufen.

So wird es sicherlich nicht lange bleiben können. In dem Maß, in dem die Unerträglichkeit der Steuerausplünderung steigt, wird auch der Druck im ÖGB weiter steigen. Und irgendwann im Herbst wird daher auch die ÖGB-Steuerkommission wieder zusammentreten, um konkrete Forderungen auf den Tisch legen zu können.

Dies ist das nächste Ziel, auf das die Arbeiter hinarbeiten müssen. Ob die Steuerkommission der Gewerkschaft der Regierung ein weiteres Mal die Mauer machen kann, oder ob sie dazu gezwungen wird, Forderungen aufzustellen, hinter denen sich die Arbeiter wirklich zusammenschließen können, davon wird sehr viel abhängen.

Wie es die österreichische Arbeiterbewegung bereits vor 100 Jahren getan hat, so treten wir Kommunisten sowohl für die Beseitigung aller indirekten Steuern ein, als auch dafür, daß die Bestreitung sämtlicher Staatsausgaben (soweit durch Steuern gedeckt), ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft erfolgen darf. Es geht darum, daß die Finanzierung eines gegen die Arbeiter und gegen die Massen gerichteten Staates der Kapitalisten nicht auf Kosten derer gehen darf, gegen die sich der Staat richtet: Für ihren Staat sollen die Kapitalisten selbst zahlen!

Ein erster Schritt dazu wäre vorerst, die Arbeiterlöhne von der Steuerpflicht zu befreien. Davor sollte unserer Meinung nach die Gewerkschaft auch bei ihren Forderungen für eine Lohnsteuerreform ausgehen.

Während es bei der Regierung in puncto Steuerreform vor allem die Sichtweise gibt, was sie insgesamt kostet und daß sie nichts am System der allgemeinen Ausplünderung ändern soll, muß die Gewerkschaftsbewegung dem gerade den Kampf für die schrittweise Befreiung der Einkommen der Massen von der Steuerpflicht entgegensetzen.

Unser Vorschlag besteht daher darin, daß fürs erste ein Viertel der durchschnittlichen Arbeiterlöhne der Steuerpflicht entzogen werden muß. Der höchste Lohn der derzeit in der Gruppe der unteren Hälfte der Lohnabhängigen erreicht wird (der sogenannte Median) beträgt gegenwärtig um die 9.500,- Schilling. Um davon ein Viertel der Steuer zu entziehen, wäre eine Anhebung der allgemeinen Absetzbeträge von 650,- Schilling monatlich, auf 2.233,- Schilling, also etwas mehr als eine Verdreifachung nötig. Ein solcher Schritt würde im übrigen nicht bloß für die mittleren Löhne und Gehälter etwas bringen, sondern auch für die höheren. Bei 15.000,- Schilling monatlich wäre die Ersparnis 522,- Schilling, bei 20.000,- Schilling ergäbe sich eine Erleichterung um 619,- Schilling. "Kosten" würde eine solche Anhebung der Absetzbeträge etwa 14 Milliarden Schilling, oder 29% aller Lohnsteuereinnahmen, bzw. 7% aller Steuereinnahmen. Von dieser Seite ergibt sich also nicht viel Unterschied zu Dallingers 12 Milliarden.

Der Unterschied liegt in der Haltung zur Steuerfrage: Nimmt man die Haltung der Bourgeoisie ein und überlegt sich, in welcher Form aufrechterhalten werden kann, daß die Arbeiter- und Volksmassen weiterhin einen Unterdrückerstaat finanzieren müssen, oder nimmt man den Standpunkt der Arbeiter ein, der im entschiedenen Kampf gegen diesen Staat und gegen dessen Ausplünderungspolitik bestehen muß.

Bis im Herbst die ÖGB-Steuerreformkommission das nächste Mal zusammentritt, um die ursprüngliche vage Forderung zu konkretisieren, ergibt sich für die Arbeiter noch die Möglichkeit, ihrem Standpunkt in ihrer eigenen Organisation, in ihrer Gewerkschaft Gehör zu verschaffen. (gf)

Linz: Keine Stimme den fünf bürgerlichen Listen!

Am 5.Oktober kommt es in Linz zu einer Wiederholung der im Vorjahr abgehaltenen Gemeinderatswahl. Grund: Eine Beschwerde der KPÖ beim Verfassungsgerichtshof, weil die Kandidatur des Kommunistischen Bundes Österreichs sie Wählerstimmen gekostet haben soll.

Der Verfassungsgerichtshof stand nicht an, der KPÖ - wohl mit einem Seitenblick auf deren Hintermänner aus dem Kreml - "Recht" zu geben und nun kommt es zu einer Wiederholung der Wahl. Der Kommunistische Bund Österreichs, der bei der Wahl im Vorjahr kandidierte, kann an der Wahlwiederholung deshalb nicht teilnehmen, da sämtliche damaligen Listenmitglieder inzwischen nicht mehr Mitglieder des Kommunistischen Bundes sind und eine Neueinreichung bei einer Wahlwiederholung unzulässig ist.

Bei den Gemeinderatswahlen 1979 verloren alle bürgerlichen Parteien Stimmen. - Die Zahl der Nichtwähler erhöhte sich gleichzeitig von 13,9% auf 19,5% aller Wahlberechtigten. Während die SPÖ ein und die ÖVP zwei Mandate gewannen, verlor die FPÖ ein Mandat und damit ihren Stadtratssessel. Die schwersten Verluste erlitt jedoch die KPÖ, deren Stimmenanzahl praktisch halbiert wurde und die gegenüber der Wahl 1973 ihr letztes Mandat verlor. Schuld an dieser schweren Schlappe soll nach Ansicht dieser Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus nicht ihre eigene reaktionäre Politik, sondern die Kandidatur des Kommunistischen Bundes Österreichs sein, der 1979 erstmals kandidierte und auf Anhieb 392 Stimmen erzielte. Mindestens 327 dieser 392 Stimmen beansprucht nun die KPÖ für sich - genausoviele fehlten ihr zur Erhaltung ihres letzten Mandates.

Daß der Staatsapparat bereit war, der KPÖ auf deren Intervention den Alleinanspruch auf den Markennamen "kommunistisch" zu garantieren, ist als Kniefall vor den sowjetischen Oberherren der KPÖ zu werten.

Der Mehrheitspartei SPÖ passen die Neuwahlen absolut nicht in den Kram. Sie hat bereits im Vorjahr 9% der Stimmen verloren und nach den Wahlen ist der volksfeindliche Charakter ihrer Politik noch deutlicher hervorgetreten. Bereits drei Monate nach den Wahlen drückte dieSP-Mehrheit Tariferhöhungen bei der ESG gegen breiten Widerstand der Linzer Bevölkerung durch, der selbst in SP-Gemeinderatsfraktion Wirkung zeigte. Und mit dem Gejammer über die schlechte finanzielle Situation der ESG werden offensichtlich neuerliche Tariferhöhungen vorbereitet.

Ebenfalls vorbereitet wird die Gebührenpflicht für die Benützung von Kurzparkzonen, ähnlich wie in Wien und Graz.

Die ÖVP ist zwar auch nicht gerade begeistert von den Neuwahlen, glaubt jedoch, ihre Position im Gemeinderat weiter verbessern zu können. Vor allem in der Frage des Neubaus des Linzer Allgemeinen Krankenhauses (AKH) versucht sie, als Anwalt des Volkes aufzutreten. Tatsächlich gehen die Auseinandersetzungen über den AKH-Neubau aber nur darum, wie der Krankenhausbetrieb am besten zu rationalisieren ist - keineswegs dreht es sich um die Verbesserung der medizinischen Versorgung der Volksmassen. So beklagt etwa die Rathauszeitung "Lebendiges Linz" die geringe durchschnittliche Auslastung der Betten von 80% im alten AKH, die durch den Neubau beseitigt werden soll. Mit der Verkleinerung der Zimmer soll durchrationalisiert werden, durch eine Neugestaltung der betrieblichen Ablauforganisation sollen Personal und Personalkosten gespart und damit die Arbeitshetze für das Personal gesteigert werden. Dagegen hat natürlich auch die ÖVP bisher nichts einzuwenden gehabt.

Die FPO strebt nach einer Wiedererlangung des im Vorjahr verlorenen Stadtratssitzes. Dementsprechend eifrig geht sie an die Wahlpropaganda. Sie ist die einzige Partei, die bereits Anfang September mit Stelltafeln die Wahlwerbung eröffnete. Motto: "Für ein sauberes Linz". Sie versucht sich weiterhin als Partei des Umweltschutzes und der Saubermänner zu profilieren, wobei sie von Obmann Steger, AKH-Untersuchungschef von Kreiskys Gnaden zu profitieren versucht.

Die KPÖ triumphiert über die Neuwahl und preist sie als "einmalige Gelegenheit" an, die KPÖ wieder in den Gemeinderat hineinzuwählen. Ihr Motto: "Einen Hecht in den Linzer Karpfenteich!". Tatsächlich wird jedoch diese von der KPÖ verlangte Wahlwiederholung den Niedergang dieser im Solde des sowjetischen Sozialimperialismus bereits völlig verlumpten und verluderten Partei von Arbeiter- und Volksverrätern mit Sicherheit weiter beschleunigen.

Die Kandidatur des Kommunistischen Bundes Österreichs im letzten Jahr stand bereits unter dem Vorzeichen schwerer opportunistischer und revisionistischer Verseuchung unserer Organisation.

Wenige Monate nach der Linzer Gemeinderatswahl erfolgte im Kommunistischen Bund Österreichs auch die Spaltung zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus. **Sämtliche Personen, die bei der Wahlwiederholung auf der Liste 5 unter dem dubiosen Namen "LDS" bzw. "UDS" oder "Liste Fehlinger" kandidieren, sind nicht Mitglieder des Kommunistischen Bundes, sondern inzwischen ausgetreten, oder ausgeschlossen worden!**

Nicht zufällig hat daher das Wahlprogramm dieser Liste mit dem Kommunismus nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun. Da ist die Rede von einer "Alternative im Städtischen Verkehr", von der "raschen Errichtung des AKH", der "Erhaltung des Weidingerbaches und der Ausforschung und Bestrafung derjenigen Fabriken, die ihre Abwässer in den Bach ableiten", vom "Ausbau des Umweltschutzes", vom "rigorosen Abbau der Politikerbezüge", vom "Ausbau der demokratischen Rechte für den Bürger" usw. Zu allem Überfluß gibt es gar noch eine Neuauflage abgedroschener Phrasen, wie: "Für Basisdemokratie und die Entwicklung einer sozialistischen Alternative" und "Gegen die politische Entrechtung des Menschen".

Wir haben mit dieser Liste einen würdigen Querschnitt durch die anderen 4 bürgerlichen Listen, die sich am 5.Oktober der Wahl stellen. Die Kräfte, die wir im Frühjahr aus dem Kommunistischen Bund Österreichs hinausgesäubert haben, scheinen inzwischen offen zur bürgerlichen Reformpartei verkommen zu sein.

Nicht das klitzekleinste Wort über die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse, kein Wort darüber daß dies nur möglich ist aufgrund der bewaffneten Macht der Kapitalistenklasse und der Unterdrückung der Arbeiter- und Volksmassen durch den bürgerlichen Staat, und selbstverständlich erst recht kein Wort darüber, daß die Arbeiter- und Volksmassen dieses System der Ausbeutung und Unterdrückung nur durch die proletarische Revolution beseitigen können, zu deren Führung ja gerade der Aufbau einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse unbedingt nötig ist, wie ihn sich der Kommunistische Bund Österreichs zum Ziel setzt.

Die Liste 5 ist nicht der KB, die Stimmen für sie sind keine Stimmen für den KB und die 392 Stimmen die im Vorjahr für den KB abgegeben wurden, waren keine Stimmen für die diesmal kandidierende Liste 5!

Diese Tatsache hat die ehemaligen KB-Mitglieder, die heute die Liste 5 betreiben, allerdings nicht davon abgehalten, unseren guten Namen für ihre Geschäfte zu mißbrauchen. In einem Flugblatt dieser Herrschaften heißt es etwa: "Kommunistischer Bund, Liste 5 kandidiert mit dem Namen: UDS". Da es sich bei dieser Wahl um eine Wiederholung handelt, ist es uns leider nicht möglich an ihr teilzunehmen. An ihr teilnehmen können nur Listen, die im Vorjahr kandidierten. Da die Personen, die für den KB im Vorjahr die Liste führten inzwischen nicht mehr im KB sind, können wir diesmal nicht mit dem Mittel der Kandidatur den bürgerlichen Kräften entgegentreten.

Trotzdem werden wir den Wahlkampf für unsere Politik nutzen. In Agitation und Propaganda werden wir auch in Linz aufzeigen, daß es falsch ist, von bürgerlichen Kräften die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter- und Volksmassen zu erwarten, daß es nötig ist, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, daß es falsch ist, zu glauben, daß durch Wahlen politische Veränderungen herbeigeführt werden können, daß dies vielmehr nur im revolutionären Klasenkampf möglich ist.

Wir rufen alle Linzerinnen und Linzer auf, bei diesen Wahlen bürgerlichen Kräften entgegenzutreten und keiner der 5 bürgerlichen Listen ihre Stimme zu geben.

Wir rufen sie, insbesondere unsere Wähler von der vorjährigen Wahl auf, den Stimmzettel mit der Aufschrift "KOMMUNISTISCHER BUND ÖSTERREICHS" ungültig zu machen.

Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes !!! Vorwärts im Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution !!! Vorwärts im Kampf um den Aufbau einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse !!!

Die Lage der Pensionisten in Österreich

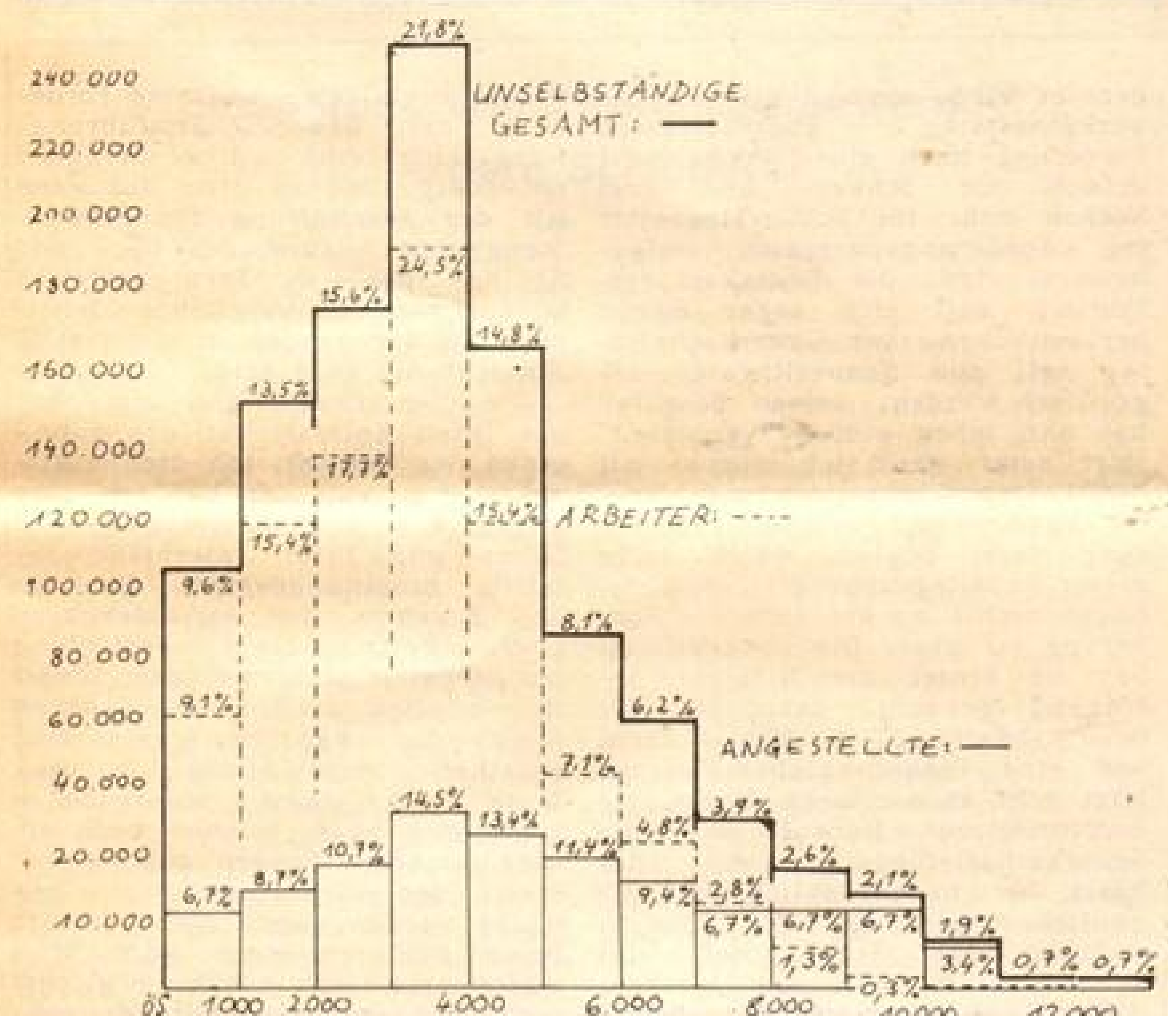
Wenig mehr als das Existenzminimum

Für 1981 droht Österreichs Pensionisten ein schmerzlich spürbarer Realeinkommensverlust, und den wird niemand weglügen können. Die sogenannte "Richtzahl", die der jährlichen Pensionsanpassung zugrundeliegt, ist für 1981 mit 1,051 berechnet worden, das bedeutet eine Pensionserhöhung am 1.1.81 um 5,1 Prozent. Die Teuerung laut Pensionistenindex betrug im heurigen Juni bereits 7 Prozent!

Die Lage der Pensionisten ist auch heute schon allen Beteuerungen der Regierungspartei zum Trotz alles andere als rosig. So gibt es halb soviele Invalidenrentner wie Altersrentner, und jedes jahr kommen mehr Invalidenrentner dazu. Die durchschnittliche Invalidenrente ist nur wenig höher als das offizielle Existenzminimum. 50 Prozent aller Pensionen, 58 Prozent aller Arbeiterinnenpensionen und 65 Prozent aller Witwenpensionen sind nicht höher als der Richtsatz (die "Mindestrente"). Die Lage der Pensionisten geht die ganze Arbeiterklasse an. Bevor wir in der nächsten Nummer auf die aktuellen Angriffe auf das Lebensniveau der Pensionisten eingehen, bringen wir in dieser eine kurze Darstellung ihrer allgemeinen Lage.

Um sich ein Bild von der Lage der Pensionisten machen zu können, genügt es nicht, die Höhe der Durchschnittspension zu kennen. Man muß auch wissen, wie die Pensionen ihrer Höhe nach auf

VERTEILUNG DER ARBEITER- UND ANGESTELLTEN-PENSIONEN NACH EINKOMMENSSTUFEN



die Pensionisten verteilt sind. Unsere Statistik zeigt den Stand vom Dezember 1978. Inzwischen sind die Pensionen zweimal erhöht worden: am 1.1.1979 um 6.5 Prozent, am 1.1.1980 um 5,6 Prozent, insgesamt also um 12,5 Prozent. Die Gesamtzahl der Pensionisten hat sich ebenfalls erhöht, und durch die neu hinzugekommenen Pensionen hat sich das Bild auch etwas verschoben. Die durchschnittliche Alterspension der Arbeiter betrug 1978 S 3.979,-, 1980 beträgt sie S 4.512,-, also um 13,4 Prozent mehr. Der Richtsatz für die Ausgleichszulage, das ist jener Betrag, der als Existenzminimum angesehen wird und auf den zu niedrige Pensionen aufgestockt werden, betrug 1978 für eine Einzelperson S 3.092,-, 1980 beträgt er S 3.493,-.

Am Gesamtbild ändert sich dadurch wenig, nur sind für heute die Pensionsbeträge um rund 13 Prozent höher anzunehmen als 1978.

Die Grafiken unterscheiden sich von denen, die unsere Leser von den Lohnverteilungsanalysen her kennen dadurch, daß die Einkommensklassen nicht logarithmisch, sondern einfach nach Tausendergruppen dargestellt sind, und die Verteilung der Pensionisten auf die Einkommensklassen nicht in Prozenten, sondern in absoluten Zahlen angegeben ist.)

Ein Leben voller Arbeit, und dann - wenig mehr als das Existenzminimum

INVALIDENRENTNER LEBEN NICHT LANGE

1978 haben die Pensionsversicherungen der Unselbständigen 1.138.237 Pensionen bezahlt. Davon waren 43 Prozent Alterspensionen, 21 Prozent Invalidenpensionen (bei Angestellten "Berufsunfähigkeitspensionen"), 31 Prozent Witwenpensionen und 5 Prozent Waisenpensionen. Die Zahl der Invalidenpensionen ist also halb so groß wie die Zahl der Alterspensionen!

Ein Drittel der ehemals aktiven Pensionisten hat es nicht geschafft, bis zur Rente arbeitsfähig zu bleiben. Der Anteil der Invalidenrentner an den neu hinzukommenden Pensionen wird von Jahr zu Jahr größer. 1969 betrug die Zahl der Invalidenrentner bei den Arbeitern 48 Prozent der Altersrentner, 1977 63,5 Prozent! Bei den Angestellten stieg die Verhältniszahl von 23 Prozent auf 28 Prozent. Während aber jedes Jahr mehr Invalidenrentner hinzukommen, sinkt ihr Anteil an der Gesamtzahl der Pensionen. So war das Verhältnis der Invalidenpensionen 1973 57 Prozent, 1977 aber nur mehr 49 Prozent. Für das Zahlenrätsel gibt es eine grausame Erklärung: Die Zeit, in der Invalidenrentner Pensionen beziehen, wird von Jahr zu Jahr kürzer, weil sie von Jahr zu Jahr kürzer leben. Offenbar werden die Schäden, mit denen sie in die Rente geschickt werden, von Jahr zu Jahr schwerer. Die Zahlen der Sozialversicherungsstatistik beweisen es: nicht "menschengerechter" wird die Arbeit, sondern immer mörderischer. Immer gieriger und rücksichtsloser verbraucht der Kapitalismus sein Menschenmaterial, das ist keine Übertreibung.

Das zeigt einerseits, wie notwendig der Kampf um das Verbot von Akkord- und Schichtarbeit, um die Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Urlaub und nicht zuletzt die Herabsetzung des Pensionsalters ist. Das zeigt aber auch, daß für die Lage der Pensionisten nicht nur die durchschnittliche Höhe der Alterspension und ihre Verteilung, sondern immer mehr auch die Invalidenpension maßgebend ist, auch wenn die Invalidenrentner früher sterben und daher die Statistik mit ihren niedrigen Renten nicht so sehr belasten. Die durchschnittliche Invalidenrente ist aber nur wenig höher als der "Richtsatz", also das offizielle Existenzminimum.

RUND UMS EXISTENZMINIMUM

Die Grafik 1 zeigt die Verteilung der Pensionen bei den Lohnabhängigen. Die dicke Linie zeigt die Gesamtverteilung bei allen Lohnabhängigen. Die größte Gruppe ist die der Bezieher von Renten zwischen S 3.000,- und S 4.000,-. Sie umfaßt 21,8 Prozent. In dieser Gruppe befinden sich alle Bezieher von Ausgleichszulagen für Alleinstehende, also einer Zulage, die sie auf den "Richtsatz" von S 3.092,- bringt. Eine feinere Aufgliederung würde zeigen, daß die Ausgleichszulagenbezieher die weitaus stärkste Gruppe sind die Spitze der Verteilungskurve also genau bei S 3.092,- liegen würde. Links von dieser Gruppe finden sich die Pensionisten, deren Rente niedriger als der Richtsatz ist, die aber keine Ausgleichszulage bekommen, weil ihr Ehepartner eine Pension oder ein anderes Einkommen haben. Die Renten bis zur Höhe des Richtsatzes, also des offiziellen Existenzminimums sind fast genau die Hälfte, nämlich 49,6 Prozent!

Der Richtsatz für Ehepaare betrug 1978 S 4.422,-, das heißt daß auch in der Gruppe von S 4.000,- bis 5.000,- Pensionen enthalten sind, die das Existenzminimum für zwei Personen darstellen!

Bei den Arbeitern allein ist die Lage noch schlechter, die Pensionen bis zur Höhe des Richtsatzes machen hier 55,6 Prozent aus. Auch bei den Angestellten sind es 30,8 Prozent, obwohl insgesamt die Kurve hier günstiger verläuft und mehr von ihnen Renten über S 5.000,- bekommen als von den Arbeitern. Der Großteil von ihnen lebt also mit dem Existenzminimum, oder würde zumindest ohne seinen Partner unter das Existenzminimum geraten.



Pensionistinnen: meistens reichen die Versicherungszeiten nicht

ARBEITER UND ARBEITERINNEN

Die zweite Graphik zeigt die Verhältnisse in der Pensionsversicherung der Arbeiter, gegliedert nach Männern und Frauen, und nach Invaliden- und Alterspension. Hier sieht man deutlich, woher die niedrigen Renten kommen. Bei den Alterspensionen der Männer liegt die größte Gruppe zwischen 5.000,- und 6.000,- Schilling. Durch die Invalidenpension (wir haben sie in der Graphik auf die Alterspension "aufgestockt"), rückt aber die Spitze der Kurve für die Gesamtverteilung der Pensionen um eine Tausendergruppe nach links, also zwischen 4.000,- und 5.000,- Schilling. Die rechte Seite der Graphik zeigt deutlich, wie Rentnerinnen in die Regionen unter 4.000,- Schilling zusammengedrängt werden. Erstens sind die Löhne der Frauen niedriger, und daher die daraus berechneten Pensionen, zweitens aber haben sie, weil sie vom Kapitalismus nur zeitweilig in die Produktion gezogen werden, dann aber wieder nach Hause gehen müssen, um für die Reproduktion der Arbeitskraft ihres Mannes und die Aufzucht von jungen Arbeitern zu sorgen, viel kürzere Versicherungszeiten, was die Pensionen noch weiter senkt. Erschreckend hoch ist der Anteil der Invalidenrenten bei den Frauen, doch drückt er weniger auf das allgemeine Einkommensniveau, weil die Frauenpensionen von vornherein so niedrig sind. Etwas verfälscht wird das Bild durch die Witwenpensionen, die in der Statistik nur einzeln aufscheinen, ohne Angabe darüber, ob die Frauen nur auf die Witwenpension angewiesen sind oder nicht. Doch da heute der Anteil der berufstätigen Frauen erst rund die Hälfte aller Frauen ausmacht, ist der Anteil der Witwen mit eigener Pension oder eigenem Einkommen sicher kleiner als die Hälfte. Zweitens zeigt schon der noch höhere Anteil von Ausgleichszulagen-Bezieherinnen, ein wie großer Teil der Witwen nur mit den 60 Prozent von der Pension ihres Mannes unter das Existenzminimum geraten würden.

JAGD NACH VERSICHERUNGSZEITEN

Das heutige Pensionsversicherungs-System macht die Höhe der Pensionen von der Dauer der Versicherung abhängig. Das Beispiel der Invalidenrentner und der Frauen zeigt besonders kraß, wie schädlich dieses System ist. Mit fünfzehn Versicherungsjahren bekommt man 40,5 Prozent der Bemessungsgrundlage (des Durchschnittslohns der letzten fünf Jahre vor der Pensionierung oder vor dem 45. Lebensjahr). Mit 45 Versicherungsjahren gibt es die Höchstpension von 79,5 Prozent! Nur die Invalidenrenten gibt es schon ab 5 Versicherungsjahren: mit 33% vom Lohn! Wer mehr einzahlt, kriegt mehr heraus, lautet die oberflächlich betrachtet einleuchtende Devise.

Doch die Pensionsversicherung ist keine Sparkasse, sondern ist dazu da, dem Arbeiter das Weiterleben zu garantieren, auch wenn er seine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen kann. Sie soll verhindern, daß die Kapitalisten sich mit den Arbeitern noch eine stille Reservearmee züchten, die sie gegebenenfalls als Lohndrükker einsetzen können, und sie soll auch verhindern, daß die Arbeiterklasse die Fürsorge für die alte Generation direkt aus dem Lohn finanzieren muß.

Der Arbeiter ist gezwungen, seine Arbeitskraft zum Kauf anzubieten, doch liegt es nicht in seiner Macht, zu entscheiden, ob die Schichtarbeit ihn mit fünfzig oder erst mit sechzig ruiniert. Es liegt nicht in der Macht der Arbeiterin, ob sie am Fließband gebraucht werden, oder, weil es keine Kindergärtenplätze gibt, zu Hause bleiben muß. Es liegt nicht in der Macht des Arbeiters, ob eine Überproduktionskrise ihn arbeitslos macht oder die Imperialisten ihn in einen Krieg schicken. Darum soll die Forderung heißen:

PENSIONSALTER 55 JAHRE FÜR MÄNNER, 50 JAHRE FÜR FRAUEN.

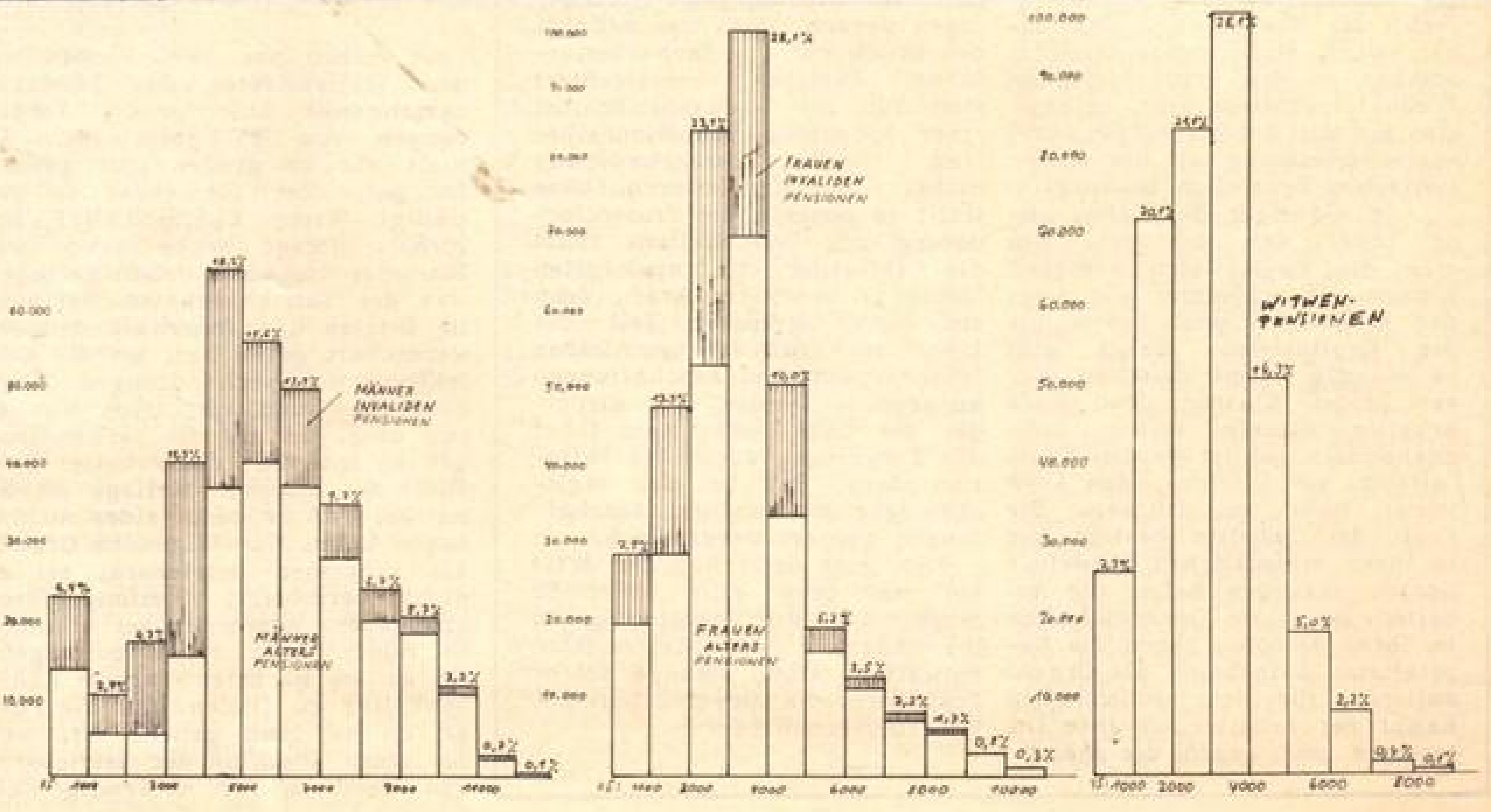
PENSION 80 PROZENT VOM LOHN DER BESTBEZAHLTEN FÜNF JAHRE, UNABHÄNGIG VON DER VERSICHERUNGSZEIT.

BEZAHLUNG DER PENSIONSBEITRÄGE DURCH DIE KAPITALISTEN

SELBSTVERWALTUNG DER PENSIONSVERSICHERUNG DURCH DIREKT GEWÄHLTE VERSICHERTENVERTRETER.

(ma)

ALTERS-, INVALIDEN-, UND WITWENPENSIONEN DER ARBEITER



ARGUMENTE

"Jeder soll sichs selber richten"

Im letzten "Glück auf" (Zeitschrift der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie) setzt sich Sepp Wille (geschäftsführender Vorsitzender dieser Gewerkschaft) mit der Lohnpolitik auseinander. Dieser Artikel - unmittelbar vor den Kollektivvertragsverhandlungen und von einem der leitenden Funktionäre - hat große Bedeutung. Es handelt sich dabei um eine Bankrotterklärung gewerkschaftlicher Lohnpolitik!

"Das Einkommen des einzelnen ist vor allem von den örtlichen, betrieblichen und persönlichen Voraussetzungen abhängig. Freilich sind diese von allgemeinen wirtschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Verhältnissen bestimmt, doch jeder muß sich vor allem auch selbst um den günstigsten Arbeitsplatz kümmern." Lohnkampf - das gibt es anscheinend für den Gewerkschaftsfunktionär Wille nicht! Als Mittel zur Verbesserung des Lohns kommt nur vor, daß sich jeder um den günstigsten Arbeitsplatz kümmern muß. Zahlt ein anderer Ausbeuter besser als der, an den irgendein Arbeiter gerade seine Arbeitskraft verkauft, so kann er ja den Arbeitsplatz wechseln oder mit seinem Ausbeuter verhandeln. Auf jeden Fall muß er sich vor allem selber darum kümmern, von der Gewerkschaft kann er sich - nach den Vorstellungen von Sepp Wille nicht viel erwarten. Die Gewerkschaft führt nach Wille auch nicht den Lohnkampf, sondern ist nur einer von vielen Faktoren, die den Lohn "mitbestimmen".

Das Problem der Arbeiter ist es aber nicht, daß der eine Kapitalisteinen "gerechten Lohn" zahlt und der andere eben zu wenig, daß also jeder Arbeiter nur einen "ehrlichen Sozialpartner" suchen muß. Arbeiter und Kapitalisten stehen einander in der Ausbeutergesellschaft gegenüber. Die Arbeiter schaffen allen Reichtum dieser Gesellschaft. Die Kapitalisten eignen sich diesen Reichtum an - denn ihnen gehören ja die Fabriken, Maschinen, Rohstoffe und ihnen gehört auch die Arbeitskraft, die die Arbeiter verkaufen müssen. Also gehört ihnen auch, was die Arbeiter herstellen. Nur einen kleinen Teil des von den Arbeitern geschaffenen Reichtums bekommen sie als Lohn von den Kapitalisten. Gerade so viel, als sie brauchen, um ihre Arbeitskraft wiederherzustellen (Nahrung, Kleidung, Wohnung) und Kinder großzuziehen - schließlich brauchen die Kapitalisten auch dann Ersatz für einen Arbeiter, wenn er zu alt ist, um noch weiter Profit für die Kapitalisten zu schaffen.

Die Kapitalisten besitzen alle Produktionsmittel, die Arbeiter keine. Die Arbeiter müssen ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen, um leben zu können. Der Reichtum, den sie schaffen und den sich die Kapitalisten aneignen, ist aber viel größer als der Wert ihrer Arbeitskraft, nach dem sie bezahlt werden. Darin besteht die Ausbeutung. Und daran wird sich nichts ändern, solange es den Privatbesitz an Produktionsmitteln gibt, solange also bis die Arbeiterklasse diese Ausbeuterordnung mit der sozialistischen Revolution beseitigt.

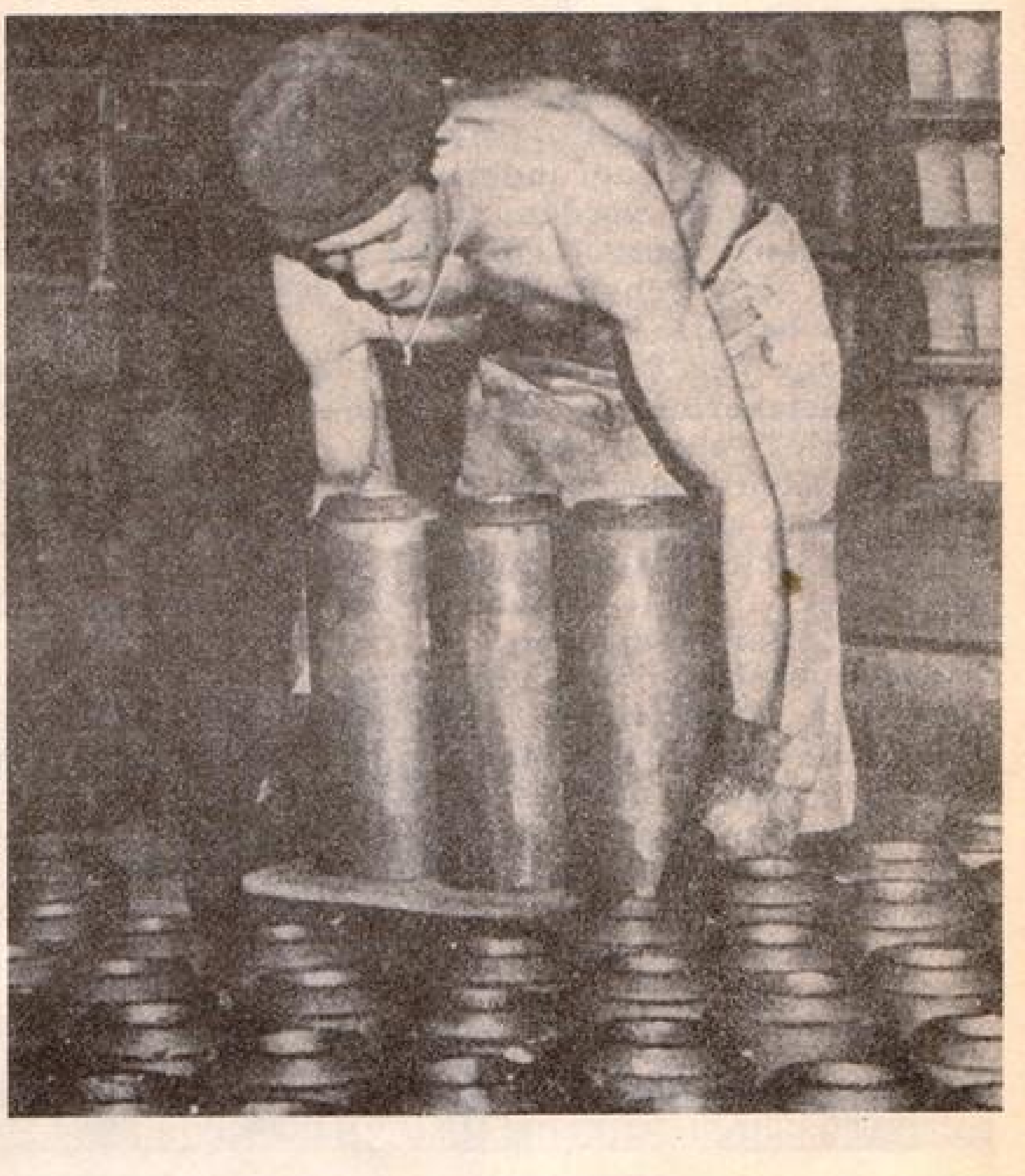
Je niedriger der Lohn, umso höher der Mehrwert, den sich die Kapitalisten aneignen können. Je schlechter die Lage der Arbeiter - umso besser für die Kapitalisten. Daher gibt es ständig Kampf zwischen diesen beiden Klassen. Muß jeder Arbeiter einzeln seinen Lohn aushandeln, so ist es den Kapitalisten ein Leichtes, den Lohn immer mehr zu drücken. Die Kraft der Arbeiter besteht nur in ihrem einheitlichen Handeln. Gerade deswegen haben die Arbeiter auch die Gewerkschaften in ihren Kämpfen gegen die Kapitalisten aufgebaut; als Organisationen für den einheitlichen Kampf der Arbeiter um ihre Interessen und gegen die ständigen Versuche der Kapitalisten, die Ausbeutung zu verschärfen. Die Vorstellungen Willes (der ja im Namen der ganzen Gewerkschaftsführung spricht) sind diesem Zweck der Gewerkschaft direkt entgegengesetzt.

"Die Lohnstruktur, wieviel Hilfsarbeiter, wieviel Angelernte, wieviel Facharbeiter verdienen, wird nicht von der Gewerkschaft 'erfunden' oder 'errechnet'. Diese Verhältnisse hängen vorwiegend von der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ab und von der Möglichkeit der Betroffenen, sich den Lohn 'zu richten'." Ist die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nach Hilfsarbeitern schlecht - dann haben die eben Pech gehabt. Und ist die nach Arbeitern überhaupt niedrig - dann haben eben alle Pech gehabt. So sieht es anscheinend Kollege Wille. Aber gerade um die Löhne nicht einfach dem Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft auszusetzen, müssen die Arbeiter eben einheitlich den Lohnkampf führen und kann nicht jeder alleine versuchen, es "sich zu richten". Die Kapitalisten werden immer versuchen, die Arbeiter zu spalten und dann einzeln zu schlagen. Die Arbeiter müssen demgegenüber die Einheit herstellen - das ist die entscheidende Aufgabe der Gewerkschaft. Die "Lohnstruktur" spielt dabei eine wichtige Rolle. Gelingt es den Kapitalisten, die schlechtest bezahlten Arbeiter immer weiter hinunterzudrücken, den Unterschied zwischen besser qualifizierten Arbeitern und Hilfsarbeitern immer mehr zu vergrößern, so haben sie eine wichtige Spaltungsmöglichkeit. Und gerade das ist in Österreich der Fall. In der Metallindustrie sind es vor allem die Lohngruppen 6, 7 und 8, die immer weiter zurückbleiben. Andererseits bleiben die Löhne ganzer Branchen gegenüber den Metallarbeitern und Chemiearbeitern (den wichtigsten Branchen) zurück, z.B. die Textilarbeiter, Lederarbeiter, öffentlich Bediensteten... Diese "Niedriglöhner" können dann von den Kapitalisten als Lohndrücker eingesetzt werden, um auch die Löhne der Facharbeiter hinunterzudrücken. Dagegen muß die Gewerkschaft ankämpfen, die Niedriglöhner hinaufziehen, die Lohnstruktur vereinheitlichen! Das ist nur möglich durch relativ hohe Mindestbeträge bei den Lohnerhöhungen. Daher hat der Kommunistische Bund auch für die Metallarbeiter-Kollektivvertragsverhandlungen und die Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst als Forderung vorgeschlagen: 9%, mindestens 900,- Schilling.

Wille ist gegen Mindestbeträge. Er argumentiert, daß ein Facharbeiterlohn von etwa 12.000,- durch 10% Inflation um 1.200,- entwertet wird, ein Hilfsarbeiterlohn von 6.000,- nur um 600,-. Daher müßten beide die gleiche Prozenterhöhung bekommen. Das ist falsch. Erstens haben die Facharbeiter eben auch alles Interesse daran, daß die Niedriglöhne hinaufgezogen werden, denn das mindert den Druck auf die Facharbeiterlöhne. Zweitens verschlechtert sich für die Facharbeiter bei einer Koppelung von Mindestbetrag und Prozentforderung nichts - für die höheren Löhne trifft ja ohnehin die Prozentforderung zu. Und drittens trifft die Inflation die niedrigsten Löhne ja besonders kraß, denn ein immer größerer Teil des Lohns muß für die unmittelbar lebensnotwendigen Anschaffungen ausgegeben werden. Je niedriger der Lohn, umso mehr führt die Entwertung durch die Inflation dazu, daß bei den täglichen lebensnotwendigen Anschaffungen gespart werden muß.

Eine gute Seite hat der Artikel von Sepp Wille aber: Er zeigt, daß die Arbeiter gegen die Angriffe der Kapitalisten entwaffnet sind, solange solche Positionen die Gewerkschaftspolitik bestimmen!(dr)

Metall-KV: Kampflose Preisgabe der Arbeiterinteressen - kann das noch verhindert werden?



Am Dienstag hat das Verhandlungskomitee der Metallarbeitergewerkschaft den Kapitalistenvertretern die Forderungen für die KV-Verhandlungen überreicht. Die von Wille bereits vorige Woche klar zum Ausdruck gebrachte Linie der kampflosen Kapitulation noch vor dem eigentlichen Beginn der Verhandlungen kommt im Forderungspaket voll zum Tragen. Offenkundig war der Widerstand aus den Betrieben und von der Gewerkschaftsbasis bisher zu schwach, um diese Kapitulationspläne zu durchkreuzen.

Die Forderungen der Gewerkschaftsführung: Erhöhung der Ist-Löhne um 7,8% mindestens aber 500,- Schilling. Erhöhung der Mindestlöhne um 9,8%, Verbesserungen für Schwerst- und Schwerarbeiter und zu diesem Zweck Bildung einer Arbeitsgruppe von Vertretern der Gewerkschaft und der Kapitalisten, eben solche Bildung einer Arbeitsgruppe zur Frage der Gleichstellung der Frauen. Geltungstermin 1. Oktober (also nach 13 Monaten).

So eben hat die Schuhindustrie abgeschlossen. Dort war die Forderung der Gewerkschaft 8,5%, abgeschlossen wurde mit 6,5%. Dieser Industriezweig ist bekanntlich einer der schlechtest bezahlten. Die Gewerkschaftsführung hat von ihrer ursprünglichen Forderung dennoch ein Viertel nachgegeben. Nimmt man Ähnliches für die Metallarbeiter an, wäre mit einem Abschluß von 6% zu rechnen. Das heißt: Die Bruttolohnerhöhung liegt bereits weit unter der Entwertung der Löhne durch die Inflation: Zwischen 1. September 1979 und 1. September 1980 ist der Preisindex um 7,3% gestiegen. Rechnet man weiter von den 6% die Lohnsteuer und den Sozialversicherungsabzug weg, bleiben vielleicht 4-4,5%. Das heißt: Mit so einer Forderung wird der Lohn nicht verteidigt, sondern der Lohnabbau abgesegnet. Auch der Mindestbetrag von 500,- Schilling ändert nichts. Er ist viel zu niedrig: Nur für Bruttolöhne bis etwa 7.050,- würde er wirksam. Also nur für die allerutersten Lohnabhängigen. Keine Spur davon, daß durch einen ausreichenden Mindestbetrag der Tatsache Rechnung getragen wird, daß für die niedrigeren Lohngruppen die Inflation besonders drastisch spürbar ist, keine Spur auch davon, daß zur Verbesserung der Lohnstruktur die unteren Lohngruppen nachgezogen werden, in denen sich die Masse der Frauen im Akkord usw. befinden. Obwohl es absolut notwendig wäre, ist es schwer denkbar, daß durch Druck von unten, durch Intervenieren der Betriebsräte usw. eine Revision der Lohnforderung nach oben erreicht wird. Notwendig sind jedenfalls nach wie vor eine Lohnerhöhung von zumindest 9% und ein ausreichender Mindestbetrag von etwa 900,- Schilling.

Aussichtsreicher ist es, daß im Nachhinein durchgesetzt wird, daß nicht nur vage über "Verbesserung für Schwerarbeiter" daher geredet wird, sondern die vom Gewerkschaftstag abgeschlossene Forderung nach einer Woche mehr Urlaub für Schwer- und zwei Wochen mehr für Schwerstarbeiter ins Forderungsprogramm aufgenommen wird. Die Gewerkschaftsführung will sich sogar darum herumdrücken. Der Gewerkschaftstag soll zum Kasperltheater degradiert werden, seinen Beschluß hat man schon wieder "vergessen", jetzt setzt man sich einmal mit den Herren Kapitalisten zusammen, um zu beraten, welche Verbesserung denn möglich wäre.... In dieser Arbeitsgruppe gibt es überhaupt nichts zu bereden! Die Forderung ist klar. Die Gewerkschaft hat im Winter die Mitgliederbefragung gemacht, dann hat der Gewerkschaftstag im Mai beraten und eine Forderung beschlossen. Jetzt geht es nur mehr darum, sie durchzusetzen! Darauf muß die Gewerkschaftsführung von der Basis her nachdrücklich erinnert werden. Ähnliches gilt für die "Gleichstellung der Frau". Soll das Ganze nicht Geschwätz bleiben, dann kann es sich nur darum drehen, die Frauenlohngruppen, das heißt die Lohngruppe 6, abzuschaffen. Darin besteht ja die entscheidende Diskriminierung. Sowieso müssen die Lohngruppen 6,7 und 8 weg und müssen diese untersten Lohngruppen nachgezogen werden. Auch hier gibt es bisher noch keine konkrete Forderung der Gewerkschaftsführung, wäre aber eine solche dringend notwendig. Und es gilt: Nur wenn mit der Abschaffung der Frauenlohngruppe 6 (und der LG 7 und 8) das Übel im Kern getroffen wird, kann von wirklicher Gleichstellung der Frauen in materieller Hinsicht die Rede sein. Andere Verbesserungen sind ebenfalls notwendig, ersetzen aber die Urlaubsforderung nicht.

Die Gewerkschaftsführung hat mit ihrem Kniefall vor den Interessen der Kapitalisten die Metallarbeiter in eine denkbar schlechte Lage, was die Verteidigung des Lohns und ihrer Interessen betrifft, hineinmanövriert. Das ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Politik, die die Vertretung der Arbeiterinteressen nur soweit für möglich hält, als dadurch nicht die Kapitalisteninteressen ernsthaft beeinträchtigt werden. Trotz der damit entstandenen schlechten Lage, können noch einige wichtige Fragen zum Gegenstand der KV-Verhandlungen gemacht werden, wenn dies von der Basis her erzwungen wird. Das müßte allerdings rasch, möglichst noch vor der nächsten Verhandlungsrunde geschehen. Besonders wichtig und auch einigermaßen aussichtsreich ist der Kampf um: Durchsetzung der vom Gewerkschaftstag beschlossenen Urlaubsforderung! Abschaffung der Lohngruppen 6,7 und 8! Abschluß rückwirkend zum 1.September!

Wertheim-Wien: Betriebsratsobmann zu KV-Verhandlungen

Wir haben vor zwei Wochen mit dem Stellvertreter des Betriebsratsobmanns über unsere Forderungen zum KV gesprochen. Er hielt sie im großen und ganzen für gut, eher für etwas zu gemäßigt (Siehe KLASSENKAMPF Nr. 20/80). Vorige Woche haben wir Betriebsratsobmann Urban gefragt, was der Betriebsrat von Wertheim im Betrieb und innerhalb der Gewerkschaft getan hat, um die Kollektivvertragsverhandlungen vorzubereiten und vor allem was er tun wird, um auf die Verhandlungen im Interesse der Arbeiter Einfluß zu nehmen. Kollege Urban meinte, daß er dazu leider nichts sagen kann. Aus folgendem Grund: Als einzelner Betriebsrat sei er nicht berechtigt, Stellungnahmen abzugeben. Ausserdem sei er nicht so dumm, jetzt etwas zu sagen, wenn es am nächsten Tag im KLASSENKAMPF zu finden. Auf die Frage ob es denn geheim ist, was für einen Abschluß der Betriebsrat von Wertheim für notwendig hält und was er tut um so etwas auch durchzusetzen, sagte Urban: Jeder Betriebsrat habe "gewisse Vorstellungen". Diese müsse er bei der Bezirksleitung einbringen, die Bezirksleitung faßt die Vorschläge zusammen und bringt das bei der Landesleitung ein usw. Lohnpolitik mache auf jedenfall der Zentralvorstand.

Die Bürokratie in der Gewerkschaft erschwert tatsächlich das Eingreifen der unteren Ebenen - vor allem der Masse der Gewerkschaftsmitglieder aber auch der Betriebsräte - in die Entscheidungen und die Politik der Gewerkschaft. Die Politik die der Zentralvorstand bei den heurigen KV-Verhandlungen macht bedeutet Kapitulation vor den Kapitalisten. Von vorneherein verzichtete er darauf, die Reallöhne zu verteidigen! Es geht jetzt darum, daß von den Betrieben her, über die Betriebsräte in die Verhandlungen einzugreifen. Eine Änderung der Lohnforderung wird - wenn überhaupt so nur mehr sehr schwer durchzusetzen sein. Vorallem sollte man sich jetzt darauf konzentrieren, durchzusetzen, daß der Zentralvorstand die Forderung nach Zusatzurlaub für Schwer- und Schwerstarbeiter in das Forderungsprogramm aufnimmt, wie es ja bereits der Gewerkschaftstag beschlossen hat. Ausserdem die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppen 6, 7 und 8. Wir haben einen entsprechenden Resolutionsvorschlag gemacht. Um in die Verhandlungen eingreifen zu können, müßte Betriebsratsobmann Urban eine Vertrauensleutesitzung einberufen, dort die Resolution zur Abstimmung bringen, und sie dann unverzüglich dem Zentralvorstand übergeben.

Ausserdem sollte er bei der Bezirksleitung eine Betriebsrätekonferenz für Meidling fordern, wo ebenfalls eine solche Resolution verabschiedet werden sollte.

(Zelle Wertheim)

GEHALTSVERHANDLUNGEN:

Was brauchen die Eisenbahner?

FORDERUNGSPROGRAMM FÜR DIE ÖBB

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verhandeln gemeinsam mit der Regierung über ein neues Gehaltsabkommen. Sie müssen daher auch gemeinsame Forderungen aufstellen. Das entspricht ja auch der Lage, daß alle Staatsbediensteten in einer ähnlich schlechten Lage sind. Aber das gemeinsame Forderungsprogramm muß je nach den besonderen Bedingungen modifiziert werden. In der letzten Nummer haben wir das Forderungsprogramm für die Postler abgedruckt. Hier die Forderungen für die Eisenbahner:

* Gehaltserhöhungen um 9%, mindestens 900,- Schilling
* Besoldungsreform: Abschaffung der Dienstklassen I und II, Abschaffung der Verwendungsgruppen E, P5, P4. Keine Verzögerung der Reform durch den Staat.
* Volle Kollektivvertragsfähigkeit für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes; Recht auf politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb.
* Weg mit den systemisierten Mehrleistungen und Überstunden
* Erhöhung des Mindesturlaubs auf 5 Wochen; Gleichstellung mit dem allgemeinen Arbeitnehmerurlaubsrecht.
* Anhebung der Nachtdienstzulage auf 50% des Lohns

Diese Forderungen gelten gleichermaßen für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Die folgenden entsprechen den besonderen Bedingungen bei der ÖBB:

* Sofortige Einstellung von mindestens 1.000 zusätzlichen Eisenbahnern. Das muß ein erster Schritt sein, um den Personalmangel und die damit verbundene Überbelastung bei den Eisenbahnern abzubauen;
  Einführung einer wirklichen Kranken- und Urlaubsreserve.
* Verkürzung der Dienstzeit für Turnusarbeiter: Verkürzung des normalen Arbeitstages für Fahrdienstleiter, Verschieber u.a. auf 8 Stunden am Tag;
  Verkürzung der maximalen Länge des Arbeitstages für Lokführer auf 12 Stunden - einschließlich der Fahrgastfahrten; Verkürzung der Nachtarbeitszeit auf 6 Stunden.
* Anrechnung der Wartezeiten als Arbeitszeit.
* Bezahlung der Fahrtzeit zum Arbeitsplatz in der Höhe von 50% des Gehaltes.
* Einschränkung der Nachtarbeit: Beförderung von Güterzügen in der Nacht nur mit Zustimmung des Vertrauensmannes; Durchführung von Verschubarbeiten in der Nacht nur mit Zustimmung des Vertrauensmannes

Verschieber, Fahrdienstleiter, Schrankenwärter, Stellwerkswärter, Transiteure arbeiten ausschließlich im "Radl". Und hier hauptsächlich im "3-er Radl". Das heißt: 3 mal Arbeiten dann frei. z.B.: 1. Tag: 6 Uhr bis 18 Uhr, 2. auf 3. Tag! 18 Uhr bis 6 Uhr, 4. Tag: Ruhe oder Doppelruhe (4. und 5. Tag frei). Die Schicht dauert 12 Stunden. Sollte ein Eisenbahner verhindert sein, seinen Dienst nicht rechtzeitig anzutreten, dann muß der jeweilige Kollege so lange weiter arbeiten, bis ein Ersatz eintrifft. Geht einer in Urlaub oder Krankenstand, so muß meistens ein anderer dann auf seinen Ruhetag verzichten und für ihn einspringen.

Bei den Lokführern sieht die Arbeitszeit etwas anders aus. Man unterscheidet dabei zwischen "Planfahrern" und "Ablösern". Die ersteren fahren planmäßig anfallende Züge und die anderen je nach Erfordernis.
Hier ein Beispiel eines planmäßigen Dienstes: E4

Tag 1:	00.05 h bis 13.00 h
Tag 2/3:	18.52 h bis 13.51 h
Tag 4:	Ruhe
Tag 5/6:	21.57 h bis 07.29 h
Tag 7:	06.42 h bis 21.49 h
Tag 8/9:	18.52 h bis 08.55 h
Tag 10/11:	Ruhe
Tag 12/13:	17.48 h bis 09.03 h
Tag 14:	05.30 h bis 19.25 h
Tag 15:	Ruhe
Tag 16:	04.00 h bis 19.12 h
Tag 17:	Ruhe
Tag 18/19:	22.01 h bis 07.55 h
Tag 20:	02.25 h bis 18.51 h
Tag 21/22:	Ruhe

Nach den 22 Tagen fängt das Ganze wieder von vorne an. Dieser Plan wird von den Kollegen noch als ein guter Plan angesehen.

Man sieht: für die Lokführer gibt es keine normale Schicht. Der Körper hat praktisch bis zur Pension nie Zeit sich an irgend einen Rhythmus zu gewöhnen. Es gibt für sie keinen Unterschied zwischen Tag und Nacht und Wochen- und Feiertag.

Die Deutsche Bundesbahn führte vor ein paar Jahren arbeitsmedizinische Untersuchungen bei Lokführern durch. Die Veröffentlichung wurde per Gerichtsbeschluß verboten. Trotzdem ist es kein Geheimnis, daß jeder 2. Lokführer über 35 Jahren Magengeschwüre hat.



Die gesetzlich maximale Länge des Arbeitstages beträgt bei Lokführern 14 Stunden, inklusive Fahrgastfahrten (Heimfahrt als Fahrgast im Zug, 80% davon bekommt er bezahlt)16 Stunden. Sollte es die wirtschaftliche Situation der ÖBB verlange, so kann er darüberhinaus auf unbestimmte Zeit ausgedehnt werden. Auch ist es völlig legal, ihn 14 bis 16 Stunden arbeiten zu lassen - dann mindestens 6 Stunden Ruhe (irgendwo, z.B. in Selztal, in einem Zimmer über dem Verschubbahnhof. Wegen dem Lärm kann hier niemand schlafen), und dann wieder 14 bis 16 SAtunden.

In der Industrie ist so etwas nicht möglich. Und auch bei der ÖBB kann das nur mit Hilfe der besonderen Dienstrechtes durchgesetzt werden.

Aus diesen Dingen ersieht man, daß es völlig gerecht - ja unbedingt notwendig ist, daß die Eisenbahner fordern, daß ihre Knechtung durch das besondere Dienstrecht an den Staat abgeschafft wird. Ebenfalls muß der maximale Arbeitstag auf 12 Stunden (inklusive Fahrgastfahrt) verkürzt werden und die Ruhezeit muß auswärts auf 8 Stunden verlängert werden. Diese Forderungen müssen in die kommenden Gehaltsverhandlungen einbezogen werden.

In den letzten Jahren wurden nicht nur die Züge schneller (was erhöhte Aufmerksamkeit verlangt), sondern es wurden etliche Reisezüge in die Nacht verlegt. Auf der Güterzugseite wurde der sogenannte Nachtsprung eingeführt. D.h., Güterzüge verkehren wie Schnellzüge, nur halt in der Nacht. Das selbe gilt für Postzüge. Diese Maßnahmen bedeuten nicht nur für die Lokführer mehr Nachtarbeit (ein Lokführer hatte im Juni nur 3 reine Tagtouren, die erste davon am 20.), sondern naturgemäß auch auf der Verschubseite vermehrte Arbeit in der Nacht.

Damit die Eisenbahner ihre Arbeitskraft reproduzieren können, ist es notwendig, gerade die Nachtarbeit auf ein Minimum einzuschränken. Dies kann durch dreierlei Maßnahmen durchgesetzt werden:

a. Anhebung der Nachtschichtzulage auf 50% des Gehalts
b. Anerkennung der Zeit von 19 Uhr bis 7 Uhr als Nachtarbeitszeit. Verkürzung der Arbeitszeit in der Nacht auf 6 Stunden.
c. die Entscheidung, ob der oder jener Güterzug in der Nacht zu führen ist, soll der jeweilige Vertrauensmann (Betriebsrat) entscheiden. (Es ist nicht einzusehen, warum Draht oder Koks gerade in der Nacht transportiert werden müssen).

EINFÜHRUNG EINER KRANKEN- UND URLAUBSRESERVE

Jährlich werden bei der ÖBB 3 Millionen Überstunden geleistet. Auf einer Gewerkschaftsmitgliederversammlung in Knittelfeld erzählte Prechtl (Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft), er habe zu Kreisky gesagt: In Wirklichkeit müßten wir 20.000 Leute einstellen und nicht, wie seit 1970 über 7.000 einsparen. Wenn bei diesen Gehaltsverhandlungen die Einstellung von 1.000 Eisenbahnern durchgesetzt würde, so wäre das ein Schritt zur Verbesserung der Lage der Eisenbahner.

Gerade diejenigen Eisenbahner, die im besonders anstrengenden Turnusdienst arbeiten müssen, müssen auch am meisten Überstunden machen. Ein großer Teil der Überstunden kommt zustande, weil jemand für seinen Kollegen einspringen muß, weil dieser im Krankenstand ist oder auf Urlaub. Oft muß ein Verschieber oder Lokführer auf seine "freien Touren" (das sind die freien Tage, die ja bei den Eisenbahnern nicht regelmäßig auf Samstag/Sonntag fallen), verzichten. Besonders arg ist es im Sommer für die Springer. Nicht selten muß einer 6 oder 7 Nachtdienste zu je 12 Stunden hintereinander machen, ohne daß er dazwischen einmal 24 Stunden frei hätte.

Ein Teil der Überstunden beim Verschub wird nicht ausbezahlt. Die Verschieber müssen dafür Zeitausgleich nehmen. Aber weil nicht genügend Verschieber vorhanden sind, haben alle ein Guthaben - etliche mehr als 100 Stunden! Immer wieder trifft man Verschieber, die noch Urlaub vom Vorjahr haben. Wann sie ihren Urlaub nehmen können, weiß keiner. Damit bei der Zugförderungsleitung Knittelfeld 27 Lokführer ihren Urlaub während der Sommerferien nehmen konnten, mußten sich die anderen 220 verpflichten, an ihren Doppelruhetagen eine Tour zu machen. Bei der 3. Reserve am Grazer Verschubbahnhof fallen pro Kopf im Monat etwa 20 Überstunden an. Solche Beispiele kann man von jedem Bahnhof erzählen. Eine Urlaubs- und Krankenstandsreserve ist unbedingt notwendig!

Was bringen 9% mindestens 900,-?

Lokführer, verheiratet, Doppelverdiener, Gehaltsgruppe Vb, Gehaltsstufe 4:

derzeit:	
Grundbetrag:	9.438,-
Haushaltszulage:	40,-
Wohnungsbeihilfe:	30,-
Bruttobezug:	9.508,-
Netto:	6.993,-

+ 900,- Schilling:

Grundbetrag:	10.338,-
Haushaltszulage:	40,-
Wohnungsbeihilfe:	30,-
Bruttobezug:	10.408,-
Netto:	7.655,-

900,- Schilling wären in %: 9,4%

9% würden nur 855,- Schilling ausmachen. Er bekommt daher den Mindestbetrag von 900,- Schilling!

Verschieber, verheiratet, Doppelverdiener, Gehaltsgruppe IVa, Gehaltsstufe 3:

Derzeit:	
Grundbetrag:	7.878,-
Haushaltszulage:	40,-
Wohnungsbeihilfe:	30,-
Bruttobezug:	7.948,-
Nettobezug:	5.877,-

Nach der Erhöhung um 900,-

Grundbetrag:	8.778,-
Haushaltszulage:	40,-
Wohnungsbeihilfe:	30,-
Bruttobezug:	8.848,-
Netto:	6.510,-

Die 900,- Schilling wären in Prozent: 10,77%

Wie niedrig die Gehälter bei der ÖBB sind, sieht man auch daran, daß ca. 88 Prozent der ÖBBler den Mindestbetrag bekommen würden (also unter 10.000 Schilling brutto verdienen). Bei den Metallarbeiter bekämen nur 35% bei derselben Forderung den Mindestbetrag. Die Forderung 9%, mindestens 900,- Schilling wäre daher gut geeignet, die Gehälter bei der ÖBB in Richtung Industrielohnniveau zu heben. Das ist auch günstig, für die Herstellung der Einheit zwischen ÖBBlern und den anderen Teilen der Arbeiterklasse.

Einsparung von Verschubarbeitern - ärgere Schinderei

Voriges Jahr wurden von der ÖBB im Güterverkehr 50,5 Millionen Tonnen transportiert. Das ist um 12,6 Prozent mehr als 1955 und um 9 Prozent mehr als 1975. Demgegenüber wurde der Personalstand seit 1969 langsam aber ständig verringert: Zwischen 1974 und 1978 von 70.422 auf 69.608 (minus 1,2%). Zum Teil wurde das durch technische Rationalisierung erreicht, zum Teil einfach, indem einem Eisenbahner die Arbeit eines zweiten noch zusätzlich aufgehalst wurde. So wurden etwa die Zugführer bereits weitgehend eingespart. Ihre Arbeit - Übernahme und Übergabe von Fracht und Frachtbriefen und verschiedene Verwaltungsaufgaben - muß jetzt der Lokführer' mitmachen. In einer "vertraulichen Studie" der ÖBB-Generaldirektion heißt es: Es sind noch immer 12.000 Bedienstete zuviel. Durch ihren Abbau wären jährlich 2,4 Milliarden Schilling einzusparen.

Wie sich das auf die Arbeiter im Verschub auswirkt, zeigen folgende Beispiele:

Leoben/Göß:
Bis 1975 arbeiteten in Leoben und in Göß jeweils eine Reserve (eine Reserve nennt man: Lok, Lokführer und Verschieber). Jetzt ist es nur mehr eine, die aber gestiegenen Arbeitsanfall bewältigen muß. Das sieht nun so aus: Der Verschub macht in Göß die Arbeit während in Leoben nur ein Verschieber mit Zugloks Fracht abstellt bzw. einholt. Ist in Göß die Arbeit fertig, fährt die ganze Partie nach Leoben und macht dort die Arbeit. Dann wieder zurück nach Göß usw....

Donawitz:
Hier arbeiten gleichzeitig zwei Reserven. 1974 wurde die 2. Reserve in der Nachtschicht eingestellt. Dann wurden noch zwei Verschieber eingespart; danach die Verschubzeiten am Samstag/Sonntag verkürzt. 1978 wurden die Kuppler eingespart - ihre Arbeit muß jetzt die Verschubpartie mitmachen. Die Zahl der Züge am Bahnhof Donawitz ist aber zwischen 1974 und 1978 von 778 auf 1.386 gestiegen.



Reperaturarbeiten bei einer Verschublok

Verschubbahnhof Unzmarkt:
Hier arbeiten 12 Mann, aufgeteilt in 2 Partien. Früher war die Arbeitszeit: Montag von 3 Uhr früh bis 11 Uhr 30 und 16 Uhr bis 23 Uhr 30. Die Arbeitszeit wurde verkürzt. Gleichzeitig aber der Wagenumlauf vergrößert und es sind trotzdem nur 12 Mann. Jetzt ist die Arbeitszeit: Montag bis Freitag von 4 Uhr bis 10 Uhr 30 und 16 Uhr bis 22 Uhr 30. Samstag von 4 Uhr bis 10 Uhr 30. Falls die Kollegen die Arbeit in dieser Zeit nicht schaffen, müssen sie eben länger bleiben. Im ganzen Herbst 79 bis zur Jahreswende wurde der Verschub nur 13 mal zeitgerecht fertig.

Hauptwerkstätte Knittelfeld:
Hier arbeiteten 1976 noch 1.200 Arbeiter - heute sind es nur mehr 800. Gleichzeitig muß der ganze Wagenbau 2 Jahre lang täglich eine Überstunde machen.

Zugförderungsleitung Graz:
Mit einem Computer ließ die Direktion Villach einen Arbeitsplan erstellen. So sollen alle "toten Zeiten" wegfallen. Was aber für die ÖBB-Direktion tote Zeiten sind, sind für die Eisenbahner Pausen. Der Plan sollte zur Einsparung von 37 Stunden pro Tag führen. Die Direktion mußte den geplanten Einführungstermin 1.1.1980 fallen lassen, weil die Kollegen sich wehrten.

Daimler-Benz: Endmontage Halle Eins

Seit einigen Jahren versucht die österreichische Bourgeoisie - allen voran die Regierung Kreisky - eine Autoindustrie nach Österreich zu bekommen. Es geht ihr dabei vor allem darum, auch in diesem Industriezweig aus der Ausbeutung der österreichischen Arbeiter Profit zu ziehen. Außerdem soll dadurch die Zahlungsbilanz verbessert werden, da nicht mehr alle Autos und der Großteil der Autobestandteile importiert werden müssen, sondern im land selbst erzeugt und zum Teil auch exportiert werden können. Eine Autoindustrie kann in Österreich nur in Zusammenarbeit bzw. unter dem Kommando ausländischen Kapitals aufgebaut werden, das auf diesem Sektor Erfahrungen hat und Stützpunkte auf dem Weltmarkt, und vor allem über die notwendige Kapitalkraft verfügt. Die Erfahrungen bedeuten vor allem: Erfahrungen in der optimalen Ausbeutung der Arbeiter. Was da auf die österreichische Arbeiterklasse zukommt, zeigt der folgende Bericht über Daimler Bremen, den wir der "Kommunistischen Volkszeitung" entnommen haben.

Seit die Daimler-Benz AG den Hanomag-Henschel Betrieb nicht mehr als ihre hundertprozentige Tochter ausweist und in die Kette der Daimler-Betriebe eingegliedert hat, gibt es eine ganze Latte von Neuerungen.

Neben der Belegschafts-Aktie zu 156 DM wurde unter anderem das MTM-System zur Akkordzeitbemessung, die Analytische Arbeitsplatzbewertung zur Lohnbestimmung und das Rauchverbot während der Arbeitszeit und außerhalb der Pausenzonen eingeführt. Der geschlossene Betriebsurlaub ist seitdem abgeschafft. Die Produktion läuft mit einem leicht reduzierten Programm die Sommermonate durch. Der Urlaub mußte im Januar angemeldet werden. Aus "betrieblichen Gründen" gab es zusammenhängend nur vier Wochen und das nur außerhalb der Schulferienzeit. Innerhalb der Zeit der großen Schulferien nur drei Wochen zusammenhängend und das nur, wenn schulpflichtige Kinder in der Familie sind. Für die ausländischen Arbeiter ist es auf dieser Grundlage natürlich nichts mit dem Besuch der eigenen Familie in der Heimat. Schon gleich zu Beginn des Jahres hatte die KBW-Zelle bei Daimler anhand der Urlaubspläne, des Produktionsprogrammes für die Monate Juni bis Oktober und der Anwesenheitslisten vom Vorjahr das Verhältnis von zu produzierender Stückzahl und Belegschaftsstärke für die anstehende Urlaubszeit vorausberechnet. Das Ergebnis war bei einem durchschnittlichen Krankenstand von 14%, der seine Spitze in den Sommermonaten hat, eine voraussichtliche Unterbesetzung bis zu 19%. Jetzt sieht man, daß es noch schlimmer gekommen ist.

In der Halle 1 bei Daimler Benz arbeiten in den beiden Schichten insgesamt 3.700 Arbeiter. Untergebracht ist in der Halle die gesamte Lackiererei, sowie die Endmontage des Leichttransporters. Die Bänder in der Endmontage laufen kontinuierlich mit einer Geschwindigkeit von 2 m pro Minute. Die Halterungen für die zu montierenden Fahrzeuge sind so angebracht, daß bei einer Bandgeschwindigkeit von 2 m pro Minute alle 3,35 Minuten die Fahrzeuge wechseln. Daraus ergibt sich die Taktzeit von eben 3,35 Minuten, in der der Arbeiter die jeweilige Arbeit pro Fahrzeug abgeschlossen haben muß einschließlich 8,72 Sekunden sachliche Verteilzeit, die dazu da ist, um z.B. einen abgebrochenen Bohrer auszuwechseln usw. Das bedeutet, daß z.B. in 3,35 Minuten 28 Schrauben in 6 verschiedenen Größen mit verschiedenen Drehmomentschlüsseln auf ihre Anzugsfestigkeit überprüft und anschließend die überprüften Schrauben mit Farbe gekennzeichnet werden müssen. Oder es müssen in 3,35 Minuten ein Tankstutzen komplett montiert und ein Handbremsseil gehaltert werden. Das heißt in 3,35 Minuten 5-10 Meter zum Fahrzeug gehen und anhand der Baukarte feststellen, welche Art von Tankstutzen erforderlich ist, zurückgehen, entsprechenden Tankstutzen aus dem Materialkorb entnehmen und drei Blechmuttern auf den deckelseitigen Flansch des Tankstutzens drücken, einen Dichtungsring um den Flansch legen, den so vormontierten Tankstutzen über den linken Arm hängen, auf ein entsprechenden Lüftungsrohr einen kurzen Gummischlauch schieben, zwei Schellen und einen Tankdeckel einstecken, zurück zum Fahrzeug, auf dem Weg dahin einen Kasten mit verschiedenem Kleinmaterial mitnehmen. Am Fahrzeug den Stutzen mit dem Tank verbinden, Deckel aufschrauben, einen Gummiring in die Karosserie drücken, das Entlüftungsrohr durch diesen Ring schieben und auf der einen Seite mit dem Tank auf der anderen Seite mit dem oberen Ende des Tankstutzens verbinden, unter des Fahrzeug gehen, Halter für das Handbremsseil anschrauben, mit einer Schelle das Seil mit dem Halter verbinden, das Ende des Seils durch eine Bohrung pressen und mit einer Spange sichern. Kontrollieren, ob alle Verbindungsteile symmetrisch sitzen, alles festschrauben. Dann das gleiche am darauffolgenden Fahrzeug. Um nun aber nicht ständig gegen das Band arbeiten zu müssen, muß die Taktzeit von 3,35 Minuten unterboten werden. Dabei ist kaum ein Arbeiter davor sicher, daß seine Arbeit zu Schichtbeginn nicht umgestellt wird, weil irgendwo am Band jemand in Urlaub gegangen ist. Seine Arbeit wird auf die anderen Plätze verteilt. Man muß sich wieder neu einfuchsen, was eine Menge neue Kraft kostet.

Von den zwei Schichten, die in der Halle 1 gearbeitet werden, ist die Frühschicht das kleinere Übel. In der Frühe um drei Uhr für die, die aus dem Raum Bremerhaven mit dem Werksbus angekarrt werden, spätestens um halb fünf für die, die aus Bremen kommen, ist die Nacht zu Ende. Zwischen sieben und acht Uhr meldet sich der erste Hunger. Die erste Pause ist aber erst um neun. Schnell was vom mitgebrachten Brot abbeißen und mit vollen Backen weiterarbeiten.

Wer eine Zigarette rauchen will, muß sowieso zusehen, daß er schon vor der eigentlichen Pause gegessen hat. Die zehn Minuten Frühstückspause, minus Händewaschen, Kaffee ziehen und Weggehen zum Pausenraum, reichen eh nicht, weder für das eine, noch für das andere. Die nächste Pause ist viertel vor elf, sechs Minuten lang und um zwölf, fünfundzwanzig Minuten lang. Feierabend ist um 14.25 Uhr. Gegenüber der Spätschicht hat die Frühschicht den Vorteil, daß man die Arbeit relativ frühzeitig hinter sich hat und den Nachmittag für sich nutzen kann. Die Spätschichtwoche dagegen geht voll an Daimler. Erstens schläft man länger und hat bei dem, was man an den freien Vormittagen anfängt, immer die Uhr im Nacken. Um zwölf Uhr ist es dann schon Zeit, sich zur Arbeit fertigzumachen. Pausen gibt es in der Spätschicht insgesamt zehn Minuten weniger als in der Frühschicht.

Die Forderung nach zehn Minuten bezahlter Bandpause jede Stunde ist im Betrieb fest verankert. Immer häufiger kommt es vor, daß Wagen halbfertig vom Band laufen. Vor kurzem haben sich die Arbeiter eines Bandabschnitts aus beiden Schichten eine Stundenlohnerhöhung von 0,30 DM erkämpft.



Pucharbeiter: die ersten österreichischen Arbeiter, die Erfahrungen mit den hochentwickelten Ausbeutungsmethoden der westdeutschen Autoindustrie machen.

Rationalisierung bei Wertheim:

Keine Kündigungen!

Im Zuge der Rationalisierungen bei Wertheim sollen jetzt 56 Kollegen gekündigt werden, weil die Abteilungen Galvanik, Eloxiererei, Tischlerei, Lackiererei, Schloßbau und Fuhrpark gesperrt werden. In der Tischlerei zum Beispiel werden schon lange nur mehr Platten geleimt. Das ist eine Arbeit, die auch ein Hilfsarbeiter verrichten kann. Trotzdem sind aber dort sieben Facharbeiter beschäftigt. Außerdem nimmt der Möbelbau nur einen kleinen Teil der Wertheim-Produktion ein. Für die Firmenleitung ist es deshalb billiger, die Platten in einer Möbelfirma leimen zu lassen. Die Produktion wird immer mehr auf die Bereiche Aufzugbau, Rolltreppenbau und Kassenbau konzentriert, weil es dort in den letzten Jahren die meisten und größten Aufträge gegeben hat. Gleichzeitig wurde auch dort die Produktion umgestellt: Rolltreppenteile werden zum Beispiel nicht mehr lackiert (die Rolltreppen der Wiener U-Bahn z.B., von denen Wertheim einen Teil baut).

Deshalb werden diese Abteilungen überflüssig. Überflüssig für die Firmenleitung, weil sie unrationell arbeiten und daher den Profit senken.

Die Schließung der Abteilungen kann man nicht verhindern. Verhindert werden muß aber die Auswirkung auf die dort beschäftigten Arbeiter.

Es muß durchgesetzt werden, daß die betroffenen Arbeiter eine Umschulung in Betrieb machen können. Diese Umschulung muß verhindern, daß die Kollegen dequalifiziert werden. Ein Facharbeiter muß auch weiter als Facharbeiter beschäftigt werden. Außerdem darf es während der Umschulung keine Lohneinbußen geben.

Gleichzeitig müssen genügend hohe Abfertigungen gefordert werden für die Kollegen, die freiwillig kündigen wollen. Die Arbeitskraft muß während der Zeit der Arbeitslosigkeit erhalten bleiben. Das müßte eigentlich die Arbeitslosenversicherung garantieren. Sie beträgt derzeit aber nur 47% des Bruttolohns. Die kollektivvertragliche Regelung staffelt die Abfertigungen nach Jahren der Betriebszugehörigkeit. Da aber Kündigungen nicht vom Willen der betroffenen Arbeiter abhängen, sondern von den Bedürfnissen des Kapitals, ist das schlecht. Deshalb muß man fordern, daß die Abfertigung mindestens drei Monatslöhne beträgt, auch wenn der Arbeiter erst kurz im Betrieb ist.

Zusätzlich müßte bei Wertheim noch ein Fixbetrag von 20.000 Schilling gefordert werden, um der Firmenleitung die Kündigungen zu erschweren. (Zelle Wertheim)

Philips-Horny:

Vorbereitung der KV-Verhandlungen

Vor dem Fabrikstor wird die Betriebszeitung verteilt, die Vorschläge und Forderungen des Kommunistischen Bund zu den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen unter den 1500 Arbeiterinnen des Philips-Betriebes in Wien verbreitet. Viele Frauen lesen die Betriebszeitung noch vor Arbeitsbeginn, manche in den Pausen. Manche lesen die Artikel laut vor, manche lesen's zweimal. Ein Nachdenken beginnt, die ersten Debatten beginnen.

Schon bei der Forderung nach 9% mindestens 900.- Schilling zeigt sich die erste Verunsicherung, weil die Frage der KV-Verhandlungen etwas ist, womit die meisten Frauen noch nicht viel oder überhaupt noch nichts zu tun hatten. Da gibt es vorallem bei den jungen Frauen Schwierigkeiten: Was ist das überhaupt, die KV-Verhandlungen, was ist der Ist-Lohn, was der Reallohn, was der KV-Mindestlohn? Wer verhandelt da mit wem, was hat das mit uns zu tun?

Einiges wird in der Betriebszeitung erklärt, zum Beispiel: was ist der Kollektivvertrag, warum einen Mindestbetrag fordern, warum gerade 9oo.- Schilling usw.

Trotzdem bleibt die Verunsicherung, bleibt das Stauenen und vor allem die Hilflosigkeit unter den Arbeiterinnen. Kaum eine spricht's aus, weil's jede verstehen will. Aber: Was dazu sagen, vor allem was dazu tun? Die Lohnverhandlungen finden weit weg von den Frauen am Fließband statt, in einer Region in der sie sich nicht auskennen, wo sie hilflos sind.

Die nächste Forderung ist: Abschaffung der Lohngruppen 6,7 und 8. "Wie ist das mit den Lohngruppen? Wo sind wir eingestuft? Welche Nachteile, welche Vorteile? Oder überhaupt nur Nachteile?"Die größten Probleme gibt es bei dem Schaubild über die Lohnstruktur in der Elektroindustrie. Niemand kennt sich aus, die Erklärung ist zu kompliziert geschrieben, wozu ist das ganze überhaupt gut? Es nütz nichts - nicht zu verstehen. Schauen wir weiter."

Eine der Forderungen des KB für die Kollektivvertragsverhandlungen ist: Spätschichtzulage 30% vom Lohn, Nachtschichtzulage 50% vom Lohn. Lebhafte Gespräche: "Das ist richtig, unbedingt notwendig! Dafür soll auch der Betriebsrat eintreten!" gleich wird ausgerechnet, wieviel das ausmachen würde. Hier wird die Sache realistisch, denn in der Firma gibt es seit Monaten Auseinandersetzungen um die Schichtarbeit, Widerstand gegen die Ausdehnung der Schichtarbeit.

Dann kommt das Gespräch auf die innerbetriebliche Lohnsituation. Es geht um die Forderung nach Erhöhung der Akkordlöhne an den Fließbändern. Die Betriebszeitung fordert den Betriebsrat auf, dazu konkrete Schritte zu setzen. Jetzt wird nicht nur mehr darüber diskutiert, was für Forderungen richtig wären sondern es werden Aktionen zur unmittelbaren Durchsetzung einer Erhöhung werden besprochen. Mit oder ohne Betriebsrat, die Sache ist richtig, der Betriebsrat soll sich anschließen, auf jeden Fall muß etwas unternommen werden. Anonyme Ankündigungen tauchen auf, daß die Stückzahl nicht mehr erreicht wird, bis der Lohn stimmt. Überlegungen werden angestellt, wie man die anderen Fließbänder einbeziehen kann.

Zu den Begründungen der Betriebszeitung über die Notwendigkeit einer Erhöhung der Akkordlöhne kommen neue hinzu. Jede kann ihren Teil zu der Auseinandersetzung beitragen. Eine gegenseitige Überzeugung beginnt, Zettel und Bleistifft werden aufgetrieben, Berechnungen angestellt. Hier sehen sie eine Chance etwas zu tun, nicht kaltgestellt zu werden und nicht ein Arbeitervertreter, der sich ihnen gegenüber oft nicht anderes benimmt wie der Chef. Aber auch hier sind die Bedingungen schwierig: Lohnpolitik Lohnforderungen - ist das überhaupt Sache der Frauen? Jetzt muß überlegt und mit List vorgegangen werden, um alle Frauen zu überzeugen und den Gegner zu überlisten. Auch vorsichtig muß man sein, sonst wird man eine Niederlage erleiden, statt die gerechte Sache durchzusetzen.

Die Hilflosigkeit, daß Stauenen, die Unkenntnis wenn es um KV-Verhandlungen geht - das muß beseitigt werden, sodaß die Frauen auch hier aktiv mitarbeiten, mitentscheiden können. Die Gewerkschaft muß aufgemöbelt und umgekrempelt werden, wie sie die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben brauchen. Bei den Auseinandersetzungen um die heurigen KV-Verhandlungen wurde durch die Politik des KB, vor allem mit der Betriebszeitung ein erster Schritt dazu bei Philips in Wien gesetzt.

Die Auswirkungen der Politik der ÖGB-Führung auf die Arbeiterinnen haben sich deutlich gezeigt. Informationssperre, Entpolitisierung, Kaltstellen der Belegschaft durch viele Jahre hindurch - das hat die Fähigkeit der Arbeiterinnen zu aktiver Gewerkschaftsarbeit stark eingeschränkt. Aber die Arbeiterinnen werden sich Zug um Zug diese Fähigkeiten aneignen - gemeinsam mit der Betriebszelle des Kommunistischen Bundes und mit ihrer Unterstützung. Die Arbeiterinnen werden sich erkämpfen, daß sie auch bei den KV-Verhandlungen mitreden können und die selbe rege und fruchtbare Aktivität entfalten können, wie bei innerbetrieblichen Problemen. Das ist eine Kampfaufgabe, bei der die Arbeiterinnen und der Kommunistische Bund erst am Anfang stehen.

(Zelle Philips-Horny)

Nach dem grossen Sieg im Streik:

Beschleunigter Aufschwung der polnischen Arbeiterbewegung

Kaum hatten die hiesigen bürgerlichen Medien letzten Sonntag angesichts der Beendigung des Streiks an der Ostseeküste "aufgeatmet", weitete sich – befördert durch den großen Sieg der Werftarbeiter – der Streik in den schlesischen Minen und anderen Betrieben aus. Am Dienstag und Mittwoch streikten in Schlesien 26 Minen und 27 Industriebetriebe mit zusammen 300.000 Arbeitern, davon 208,000 Bergarbeitern. Die Forderungen waren: Ausdehnung der Geltung des Gdansker Abkommens (siehe dazu den umseitigen Kasten) auch auf Schlesien sowie weitere 20 besondere und über das Gdansker Abkommen hinausgehende Forderungen. Noch am Mittwoch gab das Gierekregime nach. Die schlesischen Arbeiter haben über den Gdansker Sieg hinaus durchgesetzt: Auflösung der Staats"gewerkschaft", so daß nur mehr die neue Arbeitergewerkschaft existiert, dementsprechend Übertragung der Finanzmittel der Staats"gewerkschaft" auf die neue Gewerkschaft, Finanzierung der neuen Gewerkschaft nicht nur durch Mitgliedsbeiträge, sondern auch aus dem selben staatlichen Fonds, aus dem bisher die Staats"gewerkschaft" finanziert worden ist. Weiters: Herabsetzung des Pensionsalters von 55 auf 50 Jahre, Beseitigung der 4 mal 6-Stunden-Schicht, seit deren Einführung vor etwa einem Jahr die Unfälle sprunghaft zugenommen haben, Verwirklichung der 5-Tage-Woche und Abschaffung der Samstagsarbeit, Erhöhung des Überstundenzuschlages und Beseitigung des Zwangs zu Überstunden. Weiters: Überholung der Minen und bessere Sicherheitsvorkehrungen.

Am Montag war ein schwerer Unfall mit 8 Toten und 18 Schwerverletzten ein Funke, der den Streik zu einem alle Minen umfassenden Brand entfachte. Am Mittwoch wurde in Jastrzebie, 50 km von Katowice im Zentrum des Streiks, ein dementsprechendes Abkommen unterzeichnet. Am Donnerstag streikten noch 15.000 Kumpel, weil sie noch einige Sofortmaßnahmen hinsichtlich der Sicherheit und die Auswechslung der Direktion vor Wiederaufnahme der Arbeit forderten. Drei Betriebe in Bytom (Beuthen) schlossen sich diesem Streik noch am Donnerstag unter denselben Forderungen an; ebenso forderten sie, daß die mündliche Zusicherung der Regierung, daß die Vereinbarung von Jastrzebie für alle Bergarbeiter Polens gelten solle, schriftlich gemacht würde. Am Donnerstag kam es dann auch in Ostpolen zu neuen Streiks: In Bialystok legten die Verkehrsbediensteten die Arbeit nieder, unter der Forderung, ebensolche Verbesserungen wie ihre Kollegen in Warschau (unter anderem Erhöhung des Grundlohns um 3.100 Zloty) zu kriegen. Auch die Möbelarbeiter in Bialystok traten in Streik. Die hiesige Bourgeoisie war am Mittwoch und Donnerstag anscheinend derartig mit dem zweiten "Aufatmen" beschäftigt, daß sie alles das, insbesondere den noch über Gdansk hinausgehenden Sieg von Jastrzebie verschwieg. Wunder ist es keines, sind doch viele Arbeiterschutzforderungen, die die polnischen Arbeiter dort durchgesetzt haben, auch bei uns dringende zugleich aber sehr weitgehende Forderungen der Arbeiterklasse.

EIN GROSSER SIEG DER POLNISCHEN ARBEITERKLASSE

Die polnischen Arbeiter haben einen gewaltigen Sieg errungen, der die Kräfteverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Proletariat und ebenso die gegenüber dem sowjetischen Oberherren des Gierekregimes radikal verändert hat. Entgegen allen Hoffnungen des Regimes (und auch der westlichen Monopolbourgeoisie) wird dieser Sieg unweigerlich zu einem Aufschwung des Klassenkampfes, der Arbeiterbewegung ebenso wie der sozialen und nationalen Bewegung anderer Teile des Volkes führen. Ursprünglich wollte die Regierung das Gdansker Abkommen nicht als für das Land gültig erklären, als aber Anfang der Woche sich der Streik in Schlesien stürmisch entfaltete, erklärte sie: Um einen Generalstreik bzw. eine unaufhörliche Folge von Anschlußstreiks zu verhindern, sehe sie sich gezwungen, das Gdansker Abkommen für ganz Polen anzuerkennen. Das sei zwar schlecht, überhaupt sei die Bildung der neuen Gewerkschaften "ein Schritt zurück", aber die Alternative sei nur die "Anarchie". Auch die Arbeiterschutzregelungen, die in Schlesien durchgesetzt wurden, haben für alle Minen Gültigkeit. Die Kampfbedingungen der polnischen Arbeiterbewegung haben sich mit diesem Sieg grundlegend gewandelt. Die Entwicklung von Ende der Woche zeigt bereits, daß sich das Kampfbewußtsein und die Kampfkraft stark erhöht haben. Allgemein wird in Polen damit gerechnet, daß auch unter den Bauern demnächst Kämpfe um vergleichbare Forderungen (autonome Bauernverbände statt der staatlichen Zwangsvereinigung) entbrennen werden und ebenso unter den Studenten im Herbst. Auch die Intellektuellen hat der Sieg der Arbeiter ermutigt: Ein Sprecher des KOR und Redakteur der Zeitung "Robotnik" erklärte, daß er sich jetzt viel stärker fühle als zuvor, denn er habe gesehen, daß die Arbeiter auch die Intellektuellen verteidigen und ihre Freilassung erzwungen haben. Darin kommt auch klar zum Ausdruck, daß die Arbeiterklasse die führende Kraft in den polnischen Kämpfen ist, obwohl die hiesige Bourgeoisie immer versucht hat, die Arbeiter als Werkzeug und die Intellektuellen ("Dissidenten") als "geistige Führer" auszugeben.

AUFBAU DER NEUEN GEWERKSCHAFTEN HAT BEGONNEN

Inzwischen wurde mit dem Aufbau der neuen Gewerkschaften begonnen. Die überbetrieblichen Streikkomitees (MKS) von Gdansk, Katowice und Wroclaw haben sich zusammengeschlossen, Gebäude angemietet (bzw. entsprechend der Vereinbarung von der Regierung zur Verfügung gestellt bekommen), einen ersten Funktionärskader gebildet, mit der Vorbereitung von Wahlen in der neuen Gewerkschaft begonnen. Die neue Gewerkschaft wird sich über Mitgliedsbeiträge in erster Linie finanzieren, aber die Regelung von Jastrzebie wird sicher weiter Kampfziel für ganz Polen sein. Ebenso die Auflösung der Staats"gewerkschaften", was allerdings noch nicht erreicht wurde. Das ist wichtig, weil ja diese "Gewerkschaft" praktisch die einzige Stelle ist, über die man Erholungsaufenthalte usw. bekommen kann. Trotzdem rechnet das Regime mit einem Massenzustrom zur neuen Gewerkschaft. Der Zentralrat der Staats"gewerkschaft" hat einige Führer ausgewechselt und erklärt, daß er ab jetzt in der rücksichtlosen Vertretung der Arbeiterinteressen seine Aufgabe sehe, daß es ab jetzt total demokratisch in ihm zugehen werde und daher die neuen Gewerkschaften eigentlich überflüssig seien. Die revisionistische Partei PVAP hat einige ihrer Leute gleich einmal in die neuen Gewerkschaften hineingeschickt. Sicher wird die selbständige polnische Gewerkschaftsbewegung einen stürmischen Aufschwung nehmen. In unseren hiesigen Medien konnte man nur hören, daß es ziemlich unklar sei, wie die neuen Gewerkschaften aufgebaut werden und ihr Verhältnis zur Staats"gewerkschaft" sein würde. Vieles allerdings wird bereits im Punkt 1 des Gdansker Abkommen geregelt, vieles andere wurde bereits von den Führern des Streiks klar umrissen.

SOWJETISCHE INTERVENTIONSDROHUNGEN

Die Sowjetunion hat klar erkannt, daß es für sie keinen Grund zum Aufatmen gibt. Prawda und Tass (und ebenso die österreichische Ausgabe davon, die "Volksstimme") haben daher gegen Ende der Woche zu ihre Hetze intensiviert und immer mehr verschärft. Faktisch läuft eine ideologische Kampagne zur Vorbereitung einer Intervention. Am Mittwoch schrieb "Tass", die "führende Rolle der Partei dürfe nicht angetastet werden" und das Land sei "gezwungen, schwierige Entscheidungen zu treffen, die genau abgewogen werden müssen. Sie müssen nicht nur den ökonomischen Folgen Rechnung tragen, sondern auch anderen eventuellen Konsequenzen." und "Tass" schrieb am Mittwoch abends in einer Aussendung:

"Ohne Unterlaß setzen antisozialistische Elemente ihre subversive Tätigkeit fort, trotz der Wiederaufnahme der Arbeit... Polenfeindliche Kräfte versuchen die Beziehungen des Landes mit der Sowjetunion zu untergraben." Auffallend in diesem Zusammenhang auch, daß sich Tass dabei auf einen Artikel aus Trybuna Ludu stützt, jedoch eine Passage verändert hat: Dort hieß es, daß die antisozialistischen Kräfte gescheitert seien, in der "Tass" steht an derselben Stelle, daß sie "unaufhörlich ihre subversive Aktivität fortsetzen". Offenkundig gibt es auch gewisse Widersprüche zwischen dem Gierekregime und Moskau wie weit man in den Zugeständnissen gehen kann. Entscheidend ist aber, daß in den immer direkter und heftiger werdenden sowjetischen Drohungen die weiterhin bestehende Gefahr einer sowjetischen Intervention gegen einen Aufschwung der Arbeiterbewegung, des Klassenkampfes, der Volksbewegung in Polen sichtbar wird. Die polnische Armeezeitung "Zolnierz Wolnosci" hat für diesen Fall angekündigt, die Armee "könne nicht gleichgültig bleiben, wenn jemand die moralische und politische Einheit des Landes angreift". "Neues Deutschland" (Zentralorgan der SED) schrieb, die Lage in Polen sei so gefährlich, weil Westdeutschland die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches wiedererobern wolle – auch das ist nichts anderes als ideologische Interventionsvorbereitung.

DER ÖGB MUSS DIE POLNISCHEN ARBEITER UNTERSTÜTZEN

Die Aufgabe, die polnische Arbeiterbewegung zu unterstützen, steht also nach wie vor. Der ÖGB muß die Beziehungen zu den Staats"gewerkschaften" abbrechen, die neuen Gewerkschaften anerkennen und moralisch, politisch und materiell unterstützen, durch die Entsendung einer Delegation nach Polen mit diesen Verbindung aufnehmen, sich an allen entsprechenden Aktivitäten der Internationalen Gewerkschaftsbewegung beteiligen, insbesondere des Internationalen Metallarbeiterbundes. Eine Reihe ausländischer Gewerkschaften haben die polnische Arbeiterbewegung materiell und politisch in dieser oder jener Form unterstützt. Der IMB hat 1,5 Mio Schilling an das Gdansker MKS überwiesen. Auch die amerikanische AFL-CIO hat sich daran beteiligt. Der US-Präsident Carter hat daraufhin deren Vorsitzenden Kirkland zu sich bestellt und ihm mitgeteilt, daß es richtig sei, wenn die amerikansiche Regierung das polnische Regime wirtschaftlich unterstütze, daß es aber falsch sei, wenn die AFL-CIO die polnische Arbeiterbewegung wirtschaftlich unterstütze, weil das "nur die Sowjetunion provozieren und die Entspannung gefährden könne". Die Haltung, die der ÖGB bisher einnimmt, hat der Internationale Sekretär des ÖGB, Hummel, umrissen: Der ÖGB sei sehr "zurückhaltend", zur Frage offizieller Beziehungen zu den neuen Gewerkschaften gebe es "noch keinen offiziellen Standpunkt", an materielle Unterstützung – sie ist nach wie vor notwendig – sei nicht gedacht; dafür gebe es regelmäßige Gespräche und Delegationsaustausch mit den polnischen Staats"gewerkschaften". Und warum bezieht der ÖGB diese reaktionäre, arbeiterfeindliche Haltung? Warum stellt er sich gegen die kämpfenden polnischen Arbeiter und auf die Seite des Ausbeuter- und Unterdrückerregimes und der Sowjetunion?

Hummel: der ÖGB sehe darin "einen Beitrag zur Entspannungspolitik". Kann man deutlicher zeigen, daß unter "Entspannungspolitik" nur eine reaktionäre Liebedienerei gegenüber dem russischen Sozialimperialismus segelt? Nach wie vor gilt es dafür einzutreten, daß der ÖGB und speziell die Metallarbeitergewerkschaft einen klaren Standpunkt für die polnische Arbeiterklasse und für die neue polnische Gewerkschaftsbewegung bezieht.



Polens Arbeiter weiter wachsam: Die Entscheidung steht noch bevor

DIE ÖSTERREICHISCHE BOURGEOISIE UND ALLE REAKTIONÄRE WIE EIN MANN GEGEN DIE POLNISCHE ARBEITERKLASSE

Die gegen den Streik gerichtete und der polnischen Arbeiterbewegung gegenüber feindliche Haltung der österreichischen Regierung und Monopolbourgeoisie ist in den letzten Tagen immer deutlicher geworden. Sowieso waren sie von Anfang an gegen den Streik, gegen die "maßlosen Forderungen" der Arbeiter, gegen die "Provozierung der Sowjetunion" und "Gefährdung der Entspannung", die der Streik darstellte. Andererseits konnten sie ihn, indem sie ihn aus einem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrükkung sowie gegen die nationale Knechtung Polens umfälschten in einen Kampf gegen einen angeblich in Polen vorhandenen "Kommunismus", ihn ausnutzen zur ideologischen Rechtfertigung des eigenen bürgerlich-demokratischen Ausbeutersystem. Natürlich mußten sie dabei schon immer die konkreten Forderungen der polnischen Arbeiter möglichst entstellen und verschweigen. Als der Streik aber auf die Kohlengruben übergriff, wo die österreichischen Kapitalisten direkte wirtschaftliche Interessen haben, vor allem aber, als die Arbeiter siegten, und nicht nur siegten, sondern Verbesserungen wirtschaftlicher und politischer Art durchsetzten, die jeden Ausbeuter das Gruseln lehren, setzte die offene Hetze ein: Der Streiksollte sofort abgebrochen werden und die Arbeiter sollten – natürlich bei "allem Verständnis" für ihre Forderungen – nicht übertreiben. Je näher der Sieg rückte, desto "pessimistischer" beurteilte der ORF-Korrespondent in Warschau und Gdansk die Lage. Eine besondere Form der Hetze gegen den Streik wählte naturgemäß aufgrund ihres Publikums die SPÖ-"Arbeiterzeitung". Dort wurde der Streik praktisch als eine von der Kirche angezettelte und gelenkte Aktion hingestellt – und mit den Pfaffen will ja die "österreichische Arbeiterbewegung" bekanntlich nichts zu tun haben. Tatsächlich ist die gegen den Streik gerichtete Rolle der polnischen Kirche – vom Papst gar nicht zu reden – immer deutlicher geworden. Nicht umsonst empörte sich die "Volksstimme" furchtbar, daß die im staatlichen Rundfunk übertragene Rede Wyszynskis in der Leninwerft nicht übertragen, vielmehr die Lautsprecher abgedreht wurden; dies würfe ein bezeichnendes Licht auf die Scharfmacher, die im Streikkomitee säßen. Die Arbeiterklasse – Teile davon sind sicherlich katholisch und in der Kirche – hat sich von der reaktionären Rolle der Kirchenspitzen nicht beirren lassen, aber den existierenden Gegensatz der Kirche zum Regime und vor allem zur Sowjetunion geschickt genutzt. Wyszynski wurde nach seiner üblen Rede nicht als Konterrevolutionär angegriffen, sondern als "alter Mann, der die neue Lage nicht versteht" bezeichnet. Die Propagandalinie der "Volksstimme" der KPÖ deckt sich im Wesentlichen mit der der Prawda. Hervorstechend aber war der Zug, den Arbeitern nur die Fähigkeit und das Interesse an wirtschafltichen Forderungen zuzubilligen, hingegen alles Politische als den Arbeitern fremd hinzustellen. Niemand außer der KPÖ hat es gewagt, die polnischen Arbeiter als beschränkte und unpolitische Teppen hinzustellen, die sich in ihrer Naivität und Dummheit von irgendwelchen Intellektuellen und westlichen Agenten mißbrauchen lassen. Es wirft dies ein bezeichnendes Licht, was diese faschistische Partei tatsächlich von den Arbeiter- und Volksmassen sei es in Polen, sei es hier, hält.

PERSPEKTIVEN

Ein weiterer Aufschwung der Arbeiterbewegung in Polen steht wahrscheinlich bevor. In den zukünftigen Kämpfen wird die Arbeiterklasse sich nicht nur neue Gewerkschaften aufbauen, sondern auch eine revolutionäre politische Führung, eine neue Kommunistische Partei, hervorbringen. Das ist die Voraussetzung für den Sturz des Kompradorenregimes und für die Vertreibung der Sowjetunion aus dem Land. Die Arbeiterklasse hat sich bereits in diesen Kämpfen als Führerin des gesamten Volkes bewährt. Die Lage, die nach den Siegen von Gdansk und Jastrzebie entstanden ist, ist sehr labil. Eine Sanierung des Ausbeuterregimes unter diesen Bedingungen ist nicht möglich – trotz aller sowjetischer und westlicher Hilfe für das Regime. Die Arbeiterbewegung wird weitergehen oder sie wird wieder zurückgedrängt. Jetzt geht es um die Realisierung der Vereinbarung von Gdansk und Jastrzebie, um die Ausweitung deren Geltung auf das ganze Land um den faktischen Aufbau der neuen Gewerkschaften. (wl)

Die Vereinbarungen von Gdansk

I. (nur unwesentlich gekürzt)

1. Die Tätigkeit der Gewerkschaften in Polen hat die Hoffnungen und Erwartungen der Arbeiter nicht erfüllt. Es wird deshalb für notwendig erachtet, **neue autonome Gewerkschaften** zu gründen, die zu authentischen Vertretungen der Arbeiterklasse werden sollen.

2. Das Vereinigte Streikkomitee erklärt, daß es bei der Schaffung neuer, unabhängiger, autonomer Gewerkschaften die Grundlagen der **Verfassung** Polens beachten wird. Die neuen Gewerkschaften werden die sozialen und materiellen Rechte der Arbeiter verteidigen, und sie haben nicht die Absicht, eine politische Partei zu werden. Sie stehen zum Prinzip des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln.

Sie anerkennen, daß die polnische Vereinigte Arbeiterpartei die führende Kraft in Polen ist, und stellen das bestehende internationale Bündnissystem nicht in Frage. Sie werden sich bemühen, den Werktätigen die geeigneten Durchsetzungsmittel zum Ausdruck ihrer Meinung und zur Verteidigung ihrer Rechte zu verschaffen. Die Regierungskommission erklärt, daß die Regierung die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der neuen Gewerkschaften garantieren und ihnen volle Beachtung sichern wird, sowohl was ihren organisatorischen Aufbau als auch ihr Wirken auf allen Ebenen anbetrifft. Die Regierung wird den neuen Gewerkschaften die volle Möglichkeit der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe auf dem Gebiet der Verteidigung der Interessen der Arbeiter bei der Befriedigungihrer materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse sichern. Gleichzeitig garantiert die Regierung, daß neue Gewerkschaften keinerlei Diskriminierung ausgesetzt werden.

3. Die Tätigkeit von mehr als einer Gewerkschaft wird entsprechende Gesetze notwendig machen: Ein Gewerkschaftsgesetz, ein Gesetz üäber die Arbeiterselbstverwaltung und ein Arbeitsgesetz.

4. Die bestehenden Streikkomitees können in ihren Betrieben in Arbeitervertretungen umgewandelt werden, etwa in Arbeiterkomitees, Arbeiterräte oder Gründungskomitees für die neuen Gewerkschaften. Dem Vereinigten Streikkomitees als Gründungskomitee steht es frei, sich als Gewerkschaft oder als Verband im Ostseeraum zu konstituieren. Die Regierung verpflichtet sich, die Voraussetzungen für die Registrierung neuer Gewerkschaften außerhalb des Registers des bestehenden Gewerkschaftsrats zu schaffen.

5. Neue Gewerkschaften sollen die reale Möglichkeit haben, öffentlich die Beschlüssezu kritisieren, die die Lebensbedingungen der Arbeiter entscheidend betreffen, ferner Beschlüsse über die Prinzipien der Aufteilung des Nationaleinkommens auf Konsum und Akkumulation, auf gesellschaftlichen Verbrauch und Zwecke wie Gesundheit, Erziehung und Kultur. Dazu gehören auch die Leitlinien der Gehalts- und Lohnpolitik und insbesondere der automatischen inflationsbedingten Lohnerhöhung, die langfristige Wirtschaftsplanung, Investitionen und Preisänderungen. Die Regierung schafft die Voraussetzungen für das Wahrnehmen dieser Funktion.

6. Das Vereinigte Streikkomitee wird ein Zentrum für Sozial- und Berufsforschung errichten, das objektiv den Lebensbedingungen der Arbeiter und die Wege zur geeigneten Interessensvertretung der Werktätigen analysiert. Zu dem Zentrum soll auch eine Forschungsgruppe gehören, die sich mit dem Index der Löhne und Preise befaßt, und es soll das Ergebnis seiner Untersuchungen veröffentlichen. Die neuen Gewerkschaften sollen auch ihre eigenen Publikationen haben.

7. Die Regierung stellt sicher, daß in Polen Punkt eins des Gewerkschaftsgesetzes von 1949 beachtet wird, das allen Arbeitern das Recht garantiert, sich freiwillig zu Gewerkschaften zusammenzuschließen. Die neuen Gewerkschaft wird nicht dem durch den Gewerkschaftsrat repräsentierten Verband der alten Gewerkschaften beitreten. Wir stimmen darin überein, daß das neue Gewerkschaftsgesetz diesen Grundsatz wahren und daß das Vereinigte Streikkomitee an der Gründung von Ausschüssen zur Ausarbeitung dieses Gesetzes beteiligt wird.

II.

Das Steikrecht soll im neuen Gewerkschaftsgesetz verankert werden. Das Gesetz soll festlegen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um einen Streik zu organisieren. Bis das neue Gesetz verabschiedet ist, garantiert die Regierung allen Streikenden und Streikhelfern persönliche Immunität und die Erhaltung ihrer derzeitigen Bezüge.

III.

1. Die Regierung wird innerhalb von drei Monaten dem Parlament den Entwurf eines neuen Zensurgesetzes unterbreiten. Zensur nur mehr zum Schutz von Staats- und Wirtschaftsgeheimnissen, wie sie vom Gesetz definiert sind in Angelegenheiten der Staatssicherheit und bezüglich wichtiger internationaler Interessen, zum Schutz religiöser Überzeugungen sowie zur Unterbindung des Verbreitens von obszönem Material. Möglichkeit der Klage beim obersten Verwaltungsgericht gegen die Zensurbehörde.

2. Besserer Zugang religiöser Gemeinschaften zu den Massenmedien.

3. In Radio, im Fernsehen in den Massenmedien und den Publikationen Vielfalt von Ideen, Ansichten und Meinungen.

4. Die Presse wie die Staatsbürger und ihre Organisationen müssen Zugang zu öffentlichen Dokumenten haben, besonders Verordnungen, Sozialplänen, Wirtschaftsplänen.

IV.

1. Die Regierung verpflichtet sich erstens, sofort die Rechtmäßigkeit der Entlassung von Arbeitern nach den Streiks von 1970 und 1976 zu überprüfen. In allen Fällen, in denen sich Unrechtmäßigkeit erweist, werden die Leute wiedereingestellt, wenn sie es wollen, wobei ihre möglicherweise in der Zwischenzeit erworbene höhere Qualifikation berücksichtigt wird. Das gilt auch für Studenten, die von der Universität weggewiesen wurden.

2. Fälle von Personen, die in Punkt B des Forderungskatalogs aufgeführt sind (Edmund Zadrozynski, Jan Kozlowski, Marek Kozlowski), werden dem Justizminister unterbreitet, der innerhalb von zwei Wochen die Fälle prüfen und - sofern die aufgeführten Personen gegenwärtig inhaftiert sind - die Verbüssung der Gefängnisstrafe für die Dauer der Überprüfung aussetzen wird. Der Minister wird auch alle derzeitigen Verhaftungen überprüfen und die im Anhang aufgeführten Personen auf freien Fuß setzen.

V.
Über die Vereinbarung zwischen Regierung und Streikkomitee wird ganz Polen ausführlich informiert.

VI.
Die Regierung informiert die Öffentlichkeit über ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

VII.
Streikende erhalten während des Streiks 40 Prozent ihres Lohnes. Die restlichen 60 Prozent erhalten sie als Nachzahlung bei Wiederaufnahme der Arbeit

VIII.
Höhere Löhne für die unteren Lohngruppen. Nach 1980 Lohnerhöhungen in Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten.

IX.
DieRegierung wird zu den Löhnen einen Inflationsausgleich gewähren.

X - XI.
Die Regierung will versuchen, die Versorgung mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln zu verbessern die Exporte reduzieren und die Importe erhöhen, und bei Knappheit Lebensmittelmarken auszugeben. Sie wird die Forderung nach Schließung der Devisenläden prüfen, in denen Fleisch nur gegen harte Westwährung abgegeben wird.

XII.
Beförderung am Arbeitsplatz soll sich nur nach der Qualifikation und nicht nach der Parteimitgliedschaft richten.

XIII.
Überprüfung von Privilegien für Parteimitglieder und Miliz durch die Gewerkschaften.

XIV.
Bei gesundheitsgefährdender Arbeit gewährt die Regierung auf Wunsch des betreffenden Arbeiters vorzeitig Altersruhegeld, d.h. Herabsetzung des Pensionsalters.

XV.
Bis 31. Dezember veröffentlicht die Regierung einen Bericht über das Ergebnis ihrer Erwägungen zur Änderung des Rentensystems. Soziales Rentenminimum für jeden Rentner.

XVI.
Die Regierung investiert mehr Geldin Krankenhäuser und erhöht die Gehälter des Krankenhauspersonals. Verbesserung der medizinischen Versorgung.

XVII.
Die Regierung verstärkt den Wohnungsbau. Ihr Programm dazu wird zur Diskussion gestellt.

XVIII.
Mütter von Neugeborenen erhalten drei Jahre Mutterschaftsurlaub, davon ein Jahr bei voller Weiterzahlung des Lohns, die beiden anderen bei 50 Prozent des Lohns.

XIX. Die Regierung sagt zu, daß die Zahl der zur Verfügung stehenden Kindergartenplätze erhöht wird.

XX.
Eine Erhöhung des Taggeldes bei Arbeit außerhalb des Wohnorts von 40 auf 100 Zloty wird erwogen. Bericht bis 31. Oktober.

XXI.
Die Regierung will 1981 die Zahl der freien Samstage erhöhen und 1982 die Fünftagewoche einführen.

Afghanistan: Sozialimperialisten gruppieren Truppen um

Nun sind die Konsequenzen aus dem jüngsten Besuch sowjetischer Militärexperten in Kabul bekannt. Die Kabuler Marionettenregierung hat am 2.September verfügt, was vorher in Moskau beschlossen worden war:

* Das Land wird in sieben Militärbezirke eingeteilt. Damit wird indirekt zugegeben, daß sich die Lage keineswegs "normalisiert" hat, wie Karmal offiziell großzusprechen beliebt, sondern daß ganz Afghanistan Kriegsschauplatz zwischen den Befreiungskämpfern und den Sowjettruppen ist.
* Jedem Militärbezirk wird ein Gouverneur des ZK der "Volkspartei" Karmals vorstehen, dem wiederum ein sowjetischer General zur Seite steht. Damit wird ziemlich offen zugegeben, daß das Kabuler Regime nicht als eine sowjetische Marionette ist, die die russischen Befehle exekutiert.
* Um "Stammeswidersprüche besser ausnutzen zu können", werden nun sogenannte "Freiwilligenbrigaden" gegen die Freiheitskämpfer eingesetzt. Damit wird zugegeben, daß sich die reguläre afghanische Armee praktisch völlig aufgelöst hat und für die Interessen der Sozialimperialisten kaum mehr einsetzbar ist. Die "Freiwilligen" sollen etwa zehnmal so viel Sold erhalten wie die offiziellen Truppensoldaten. Das allein zeigt schon, was es mit diesen "Freiwilligen" auf sich hat. Daß aber überhaupt der Versuch gemacht werden kann, solche Russensöldner anzuheuern, weist auch auf den miserablen Zustand der afghanischen Wirtschaft hin, die infolge der Ausplünderung des Landes durch die Sozialimperialisten großes Massenelend erzeugt und so überhaupt erst die Möglichkeit für Söldnerwerbung in größerem Maßstab schafft.
* 35 "technische Berater" sind - angeblich zum Zweck des Studiums - aus Kuba nach Kabul eingeflogen worden. Tatsächlich sollen sie eine neue Miliz der Parcham-Partei Karmals aufbauen helfen, eine Terrorbande, die im Inneren der Städte für "Ruhe und Ordnung" sorgen soll. Das beweist nur, wie wenig Spielraum die Besatzer selbst in den von ihnen kontrollierten Städten haben. Wieweit der Einsatz kubanischer "Experten" nur die Einleitung eines massiven Einsatzes kubanischer Truppen ist, ist noch nicht abzusehen. Das Eintreffen einer kubanischen Division, das aus Kreisen des Widerstands gemeldet wurde, konnte noch nicht bestätigt werden.
* Außerdem wurde der Neu- und Ausbau von Kasernen sowie die Modernisierung der Flugplätze und ihr Ausbau zu Luftwaffenstützpunkten bekanntgegeben. Damit scheint es auch für die Sowjets klar zu sein, daß der Traum vom "Blitzsieg" ausgeträumt ist und sich die Besatzer auf ein Einmauern in ihren Festungen auf längere Zeit einrichten.

Insgesamt sind die neuen Maßnahmen also eine Antwort auf das vollständige Scheitern der sowjetischen Bemühungen, Afghanistan rasch zu "befrieden" und in eine willenlose Kolonie ohne Widerstand zu verwandeln. Im Gegenteil: Die Besatzer richten sich auf eine Verteidigung gegen die im ganzen Land im Aufschwung befindliche Widerstands- und Befreiungsbewegung ein. (gm)

REAGAN WÄRMT 2-CHINA-POLITIK AUF

In seiner Haltung gegenüber der Sowjetunion nimmt der republikanische Präsidentschaftskandidat Reagan einen ähnlich beschwichtigenden Standpunkt wie Präsident Carter ein. Aber was die Dritte Welt anlangt, so hat der Herausforderer bereits in zwei Fragen einen Standpunkt eingenommen, der um vieles reaktionärer ist, als der des derzeitigen Präsidenten. Während es sich Carter nicht leisten kann, Israels Aggressionen vorbehaltlos zu unterstützen, so glaubt Reagan, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können.

Ebensolche Absurdidäten hat er vor zwei Wochen zur amerikanischen Chinapolitik von sich gegeben. Er wolle wieder "offizielle Beziehungen" zu Taiwan und nannte diesen Bestandteil Chinas eine "Republik China". Damit begann ein Eiertanz ohnegleichen. Reagan behauptete gleich darauf, sein vorhaben "würde den gegenwärtigen Zustand unserer Beziehungen zu China" nicht ändern.

Das ist Unsinn, wie die chinesische Zeitung "Volkszeitung" in einem Kommentar betonte, "denn schließlich beruht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA auf dem Grundsatz, daß die USA die unbestreitbare Tatsache anerkennen: Es gibt nur ein China, und Taiwan ist ein Teil Chinas."

Heute würde das Vorhaben Reagans nur denVersuch bedeuten, die Politik von "zwei China", die die USA in der Vergangenheit erfolglos betrieb, wieder aufzuwärmen. Das bedeutet eine grobe Einmischung Reagans in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China und läuft der Normalisierung der Beziehung zwischen beiden Ländern im gegenseitigen Interesse zuwider.

Diese Normalisierung aber zu hintertreiben, kann nur der anderen Supermacht, der Sowjetunion dienen. (gm)

TÜRKEI PROTESTIERT GEGEN RUSSISCHE TRUPPENMASSIERUNG

Während der in Wien tagenden MBRF-Runde protestierte der türkische Vertreter gegen die zunehmende Konzentration sowjetischer Truppen an der 610 Kilometer langen türkisch-sowjetischen Grenze. Er verlangte die sofortige Einstellung des sowjetischen Truppenaufmarsches, bei dem nunmehr bereits 200.000 Soldaten oder 15 Divisionen ins Grenzgebiet verlegt wurden.

Die "Prawda" rechtfertigte sich damit, daß die Sowjetunion "mit ihrem direkten Zugang zur Ägäis" (durch türkische Gewässer!) "als Mittelmeerstaat" von der NATO-Präsenz im Mittelmeer bedroht sei. Eine imperialistische Logik, die den Anspruch der Neuen Zaren auf die Türkei deutlich hervortreten läßt. (Nach: KVZ, 1.9.80)

USA VERURTEILEN ISRAEL WEGEN ÜBERFALL AUF SÜDLIBANON

Selbst die USA verurteilten am 28.8. den Überfall von 500 israelischen Soldaten auf den Südlibanon. Israel ist dadurch und durch seinen Jerusalem-Beschluß in eine bisher in diesem Ausmaß nie dagewesene internationale Isolation geraten. Nun hat auch die Türkei - nach einer Reihe anderer Länder - ihr Konsulat in Jerusalem geschlossen.

Der Überfall auf den Südlibanon sollte nach den Worten der israelischen Marionette im Südlibanon, Major Haddad, zeigen, daß "die Initiative bei Israel liegt". Aber selbst in militärischer Hinsicht ist dieser Versuch gescheitert. Die palästinensischen Einheiten haben den Angriff zurückgeschlagen und die Eroberung von Arnun vereitelt.

Eine wichtige Kampuchea-Solidaritätsaufgabe

Medikamente gegen Malaria!

Seit Jahrhunderten ist die Malaria eine der am weitesten verbreiteten Krankheiten. Sumpfige Gegenden und das warme Klima sind die Bedingungen, unter denen sich die Anophelesmücken vermehren können und damit die Krankheit unter den Menschen verbreiten.

1975, nach der Vertreibung des US-Imperialismus und seiner Marionetten, waren die kampucheanischen Arbeiter und Bauern das erste Mal in der Geschichte die Herren ihres Landes. Die Kommunistische Partei Kampucheas begann eine umfangreiche Kampagne zur Bekämpfung der Volkskrankheiten. Der Kampf gegen die Malaria war dabei ein wichtiger Bestandteil. Die Sümpfe in der Umgebung der Wohnsiedlungen wurden trockengelegt, man baute Bewässerungssysteme und Kanäle und entzog damit den krankheitsübertragenden Mücken die Lebensbedingungen. Die hygienischen Verhältnisse und die Ernährung der Bevölkerung verbesserten sich, damit hatten die Menschen mehr Widerstandskräfte gegen die Krankheiten. Systematische Untersuchungen wurden angestellt über die Lebensgewohnheiten und die Ausbreitungsgebiete der Anophelesmücken, sodaß man such mit chemischen Vernichtungsmitteln vorgehen konnte. Neben diesen vorbeugenden Maßnahmen verbesserte die Regierung des Demokratischen Kampuchea die Behandlung der Malaria-Kranken. Die Verbindung von traditionellen kampucheanischen Heilmitteln mit westlichen Medikamenten erwies sich als sehr effektvoll.

Solange die kampucheanischen Arbeiter und Bauern an der Macht waren, konnte die Malaria wirkungsvoll bekämpft werden, in anderen Ländern der Dritten Welt galt das Demokratische Kampuchea als Vorbild in der Bekämpfung der Malaria.

Seit der vietnamesischen Besetzung ist die Malaria wieder zu einem Problem geworden: Heute droht in Kampuchea eine große Malaria-Epidemie. In einigen Flüchtlingslagern ist die Malaria schon so weit verbreitet, daß es kaum mehr Kinder gibt. Auf der Flucht vor den vietnamesischen Besatzern mußten sich die Menschen in den Dschungel zurückziehen, wo in den sumpfigen Gebieten die Malaria noch nicht ausgerottet war. Das medizinische Betreuungssystem brach dort zusammen, wo die Vietnamesen die Kontrolle über das Land hatten, der Hunger schwächte die Menschen und die vorhandenen Medikamente und internationalen Hilfssendungen rissen sich die Vietnamesen unter den Nagel, deren Soldaten natürlich ebenfalls an der Malaria erkrankten.

Vertreter der Regierung des Demokratischen Kampuchea betonen immer wieder, daß die Vietnamesen einen Vernichtungskrieg spezieller Art gegen das kampucheanische Volk führen, der abzielt auf die Ausrottung der kampucheanischen Nation. Die Malaria ist ein Bestandteil dieses Vernichtungskrieges, ebenso wie der Hunger oder der Einsatz von Giftgas. Unterstützung des Befreiungskampfes in Kampuchea heißt heute unter anderem, dem kampucheanischen Volk Medikamente zu schikken gegen Malaria.

In welcher Weise das geschieht, schildern zwei schwedische Ärzte, die im Dezember 1979 an der thailändisch-kampucheanischen Grenze waren: "Wir bekamen Kontakt zu einem Beamten der 'Roten Khmer', Herrn Thon. Er schien uns zu verstehen und wir gaben ihm schriftliche Anweisungen in kampucheanischer Sprache, wie die Medikamente zu verwenden sind. Herr Thon wählte Barfußärzte aus und brachte sie zu uns, so daß wir ihnen erklären konnten, wie die Medikamente genommen werden sollten. Es war wichtig, daß die beiden Medikamente (Primaquin und Fancidar) gleichzeitig genommen werden und daß jeder in einer bestimmten Gegend die Medizin mehr oder weniger gleichzeitig nimmt.

Es wurde offensichtlich, daß sie uns verstanden hatten, als andere, die von ersteren unterrichtet worden waren, zu uns kamen und uns über die Behandlung neue, äußerst präzise Fragen stellten. Nach schwedischem Standard waren diese Ärzte nicht umfassend ausgebildet, aber sie wußten sehr gut Bescheid über die häufigsten Krankheiten in dieser Gegend. Durch sie schickten wir Medikamente für 30.000 Menschen nach Kampuchea." (eigene Übersetzung aus "Kampuchea-Newsletter", April 1980).

KRANKENHAUS NR. 62

Radio "Stimme des Demokratischen Kampuchea" berichtete kürzlich über ein Feldlazarett in der Gegend von Pailin. 150 Chirurgen, Doktoren, Krankewnschwestern, Hersteller traditioneller Medizin und Hilfskräfte arbeiten dort. Der Chefarzt des 150-Betten-Lazaretts führte aus:

"Letztes Jahr, als wir noch den konventionellen Kampf führten, war unser Lazarett immer überfüllt. Manchmal hatten wir bis zu 250 Verwundete auf einmal und wir mußten sie in Hängematten unterbringen. Seitdem wir den Guerillakampf führen, hat sich die Zahl der Verwundeten stark reduziert. Während der Trockenzeit hatten wir nur 20 bis 30 Verletzte pro Tag. So konnten wir Zivilisten aufnehmen, speziell Opfer chemischer Giftgase."

Zur Malaria-Plage erklärte er: "Malaria ist stark vermindert worden, weil die Lebensmittel- und Medikamentenzufuhr regelmäßiger als vor einem Jahr ist. Gegen Malaria verwenden wir sowohl synthetische Medikamente zu 30 bis 40 Prozent, als auch Heilpflanzen. Daneben haben wir eine Anzahl von Vorbeugungsmaßnahmen getroffen." Die meisten der nationalen Roten Kreuze unterstützen über das Internationale Rote Kreuz und dessen Lieferungen an die vietnamesischen Besatzer in Phnom Penh die Aggressoren. Durch Waldheim haben die Vietnamesen einen weiteren Propagandisten gefunden, indem er erklärte (entgegen einer Fülle von Meldungen von Vertretern internationaler Hilfsorganisationen selber und Journalisten), daß die Hilfslieferungen an die Bevölkerung gelangen würden. Dennoch hat das Rote Kreuz der BRD am 15.Mai Medikamente gegen Vergiftungen durch chemische Gase im Wert von 20.000 DM an das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea gegeben, nachdem der Fernseh-Jounalist Scholl-Latour von dort berichtete. Viel ist das nicht. Vom österreichischen Roten Kreuz ist nicht einmal soviel bekannt.

Kürzlich hat das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea begonnen, vietnamesische Gefangene an das internationale Rote Kreuz in Thailand zu übergeben: 47 am 17.Mai und 19 am 19.Juni. Das kampucheanische Volk haßt das vietnamesische Volk nicht, da dieses selbst Opfer der Le Duan Clique ist. (bo)



Maurice Scheippers, Herr Thon, Hugo Cedraeus und Johan Brohult besprechen Möglichkeiten, Medikamente gegen Malaria nach Kampuchea zu transportieren.
Unten: Die im befreiten Kampuchea eingerichtete Felderbewässerung hat auch der Malaria eine Grundlage entzogen. Heute, nach der vietnamesischen Aggression, stellt sich das Problem erneut.



WAS IST DIE MALARIA?

Die Malaria ist eine fieberhafte Erkrankung, die in tropischen Ländern vorkommt. Sie wird übertragen durch den Stich der Anophelesmücke, einer Gelsenart, die nur bei warmen Temperaturen und in sumpfigen Gebieten leben kann.

Es gibt verschiedene Formen der Malaria. Die in Kampuchea und Thailand am häufigsten vorkommende ist die tropische Malaria. Bei dieser Erkrankung kommt es ca. 8 bis 12 Tage nach dem Insektenstich zu hohem Fieber, Durchfällen, Bildung von Blutgerinnseln im Herz , in der Niere und im Hirn und daraus entstehenden schweren Schäden wie Lähmungen, Nierenblutungen und Herzversagen. In vielen Fällen endet diese Form der Malaria tödlich.

Kampuchea- Meldungen

50% DER KAMPUCHEA-HILFE DIREKT AN VIETNAM

Son Sann, Führer der Khmer Serei, führte kürzlich unter anderem aus, daß die Vietnamesen alle Reisvorräte sowie alle Kunstschätze plünderten. Die Skulpturen des Angkor-Tempels würden per Flugzeug nach Vietnam transportiert. Von den internationalen Hilfslieferungen, die an das vietnamesische Heng-Samrin-Regime in Pnom Penh gingen, werden 50% direkt nach Vietnam gebracht, 15% an die vietnamesischen Besatzertruppen verteilt, 25% gehen an die Marionettenverwaltung und 10% an Kollaborateure aus der kampucheanischen Bevölkerung. (Kampuchea Newsletter, Juli 80)

WIDERSTAND IN SÜDLAOS

Die "Nationale Befreiungsfront von Laos" entfaltet den bewaffneten Widerstandskampf gegen die vietnamesischen Besatzer. Ihre Partisanen verminen Straßen, legen Hinterhalte und greifen Militärposten an. In einer südlaotischen Provinz wurden durch diese Aktivitäten allein von 11. bis 21. Juli 43 Besatzersoldaten getötet. (News Bulletin des Demokratischen Kampuchea, 5.8.)

SCHARFER WIDERSPRUCH ZWISCHEN NORD- UND SÜDVIETNAM

Hoang van Hoan, ehemaliges Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Vietnams und 1979 nach China geflohen, erklärte dazu: "Seit mehr als zehn Jahren hat die sektiererische Linie Le Duans dazu geführt, daß es überall in Nordvietnam, von der zentralen bis zur örtlichen Ebene, zu heftigen Fraktionskämpfen gekommen ist. Diese Kämpfe sind in manchen Abteilungen und Provinzen bis heute noch nicht beendet. Seit der Befreiung ganz Vietnams hat sich dieser Kampf zu einem scharfen Widerspruch zwischen Nord und Süd entwickelt. Das war der Grund, warum viele Kader aus dem Norden, kurz nachdem sie zur Arbeit in den Süden entsandt worden waren, wieder in ihre Heimat im Norden zurückkehren wollten. (...) Nationale Minderheiten im Süden wie die Khmer und Rades werden ungleich behandelt und leiden unter Rassendiskriminierung. Sie haben sich teils offen, teils versteckt zum Widerstand gegen Le Duan und Konsorten erhoben...

Le Duan behauptet oft und gern, Vietnam sei die dritte Militärmacht der Welt. In Wirklichkeit ist Vietnam von ausländischer Versorgung mit Munition, Nachschub, Raketen, Panzern und Flugzeugen abhängig. Es muß Nahrungsmittel, Baumwollstoffe, Seife und sogar Nadel und Garn von anderen Ländern erbetteln und sich damit begnügen, was und wieviel andere ihm geben. Wirtschaftlich ist es ein bloßes Anhängsel einer fremden Macht. In jeder Abteilung, sogar im Kabinett und ZK der Partei, sitzen die Vertrauensleute dieser fremden Macht. Sie können die staatliche Verwaltung manipulieren und die Politik nach ihrer Interessenslage bestimmen." (Beijing-Rundschau 26.8.)

80.000 VIETNAMESISCHE SOLDATEN AN THAILANDS GRENZE

Das teilte der thailändische General Som Katapan am 2. September der Presse mit. Demnach bereiten sich die Führer Vietnams auf einen neuerlichen Angriff auf Thailand vor. Die thailändische Armee wurde in Alarmzustand versetzt.

KAMPUCHEA-KONFERENZ 1981 IN TOKIO

Im Frühjahr 1981 findet die 2. internationale Kampuchea-Solidaritätskonferenz in Tokyo statt. Dort hat aus am 29.8. eine Vorbereitungskonferenz stattgefunden zur Schaffung von Grundlagen sowie zur öffentlichen Verurteilung der sowjetisch-vietnamesischen Intrigen, das Demokratische Kampuchea um seinen UNO-Sitz zu bringen.

BELGIEN STELLT HILFE AN VIETNAM EIN

Weil Hanoi seine Truppen weiterhin in Kampuchea beläßt, hat Belgien seine Hilfe an Vietnam im Wert von fast einer halben Milliarde Schilling abgesagt. (AP, 3.8.)

Dreißigerjahre: Massenarbeitslosigkeit, Massenelend. Während die sozialdemokratische Führung im sogenannten "roten Wien" weiterhin Gemeindebauten aufführen läßt, scheinbar mächtige Symbole für die Möglichkeit, das Schicksal der Arbeiterklasse im Kapitalismus durch Reformen entscheidend zu verbessern, läßt die Wirklichkeit immer weniger Platz für derlei Illusionen. Die Widersprüche zwischen den Arbeitermitgliedern und der sozialdemokratischen Parteiführung nehmen zu, immer mehr treten zur damals revolutionären Kommunistischen Partei Österreichs über. Im folgenden drei Arbeiten proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Österreichs, die in der "Roten Fahne", dem Zentralorgan der KP, abgedruckt worden sind.



Gemeindebau der Achtzigerjahre in Wien-Favoriten: Heute brüstet sich die SPÖ-Regierung damit, ganz Österreich zu einer "Insel des Sozialismus" in stürmischer Welt gemacht zu haben. Aber auch diese Wohnsilos werden die kapitalistische Wirklichkeit nicht verdecken können.

Ludwig Barta

Der Weg in die Zukunft

Vor nicht langer Zeit hatte es noch so ausgesehen, als wäre in Wien alles in Ordnung. Die Gemeindebauten standen unverändert in ihrer Erhabenheit und es wuchsen noch neue aus dem Boden. In den Zeitungen las man von Entlassungen, vom Steigen der Arbeitslosigkeit, vom Einbrechen einer Krisenwelle in der Weltwirtschaft.

Wien schien davon unberührt zu sein. Wenn von Wien die Rede war, konnte man hören, daß es bei Wien was ganz anderes sei, daß Wien eine rote Stadt sei mit Sozialdemokraten an der Spitze, daß Wien eben eine sozialistische Insel sei, daß die Krise der Weltwirtschaft ihr nichts anhaben könne.

Auch die Leute in der Finkgasse spürten noch nichts. Wohl ist der Metallarbeiter Astl entlassen worden, wohl wurde beim Genossen Heinrich und bei anderen Kurzarbeit eingeführt, wohl kam mancher mit weniger Lohn heim. Aber all das war auch früher vorgekommen, ging still vor sich hin und fiel nicht so besonders auf. Die Leute kannten die Krise nicht, konnten sie sich nicht in ihrer ganzen Größe auch gar nicht vorstellen; aber so viel fühlten sie, daß es etwas Gewaltiges sein mußte. Und da sie das Gewaltige noch nicht spürten, lebten sie ihr gewohntes Leben weiter, glaubten gern den Theorien und wiegten sich in dem angenehmen Gedanken, daß Wien etwas Besonderes sei, daß an Wien die Krise nicht herankommen könne.

Ja, zu eben dieser Zeit festigte sich sogar der Glaube an die besondere Stellung Wiens in der Welt. Denn bei der Einweihung eines jeden neuen Gemeindebaus schrieben die sozialdemokratischen Zeitungen lange Artikel, in denen sie gerade die Krise in der Welt und den Aufbau in Wien gegenüberstellten. So glaubten wohl die meisten, daß die Stadt der Gemeindebauten gegen die Krise gefeit sei, und ihr Vertrauen zur Sozialdemokratie, ihr Glauben an die Richtigkeit des Weges der roten Gemeinde zum Sozialismus wurde fester und fester.

Dann aber hörte man plötzlich mehr von der Krise. Ja, man hörte nicht nur, man begann sie überall zu spüren. Nacheinander kamen die Familienväter in der Finkgasse mit weniger Lohn heim, nacheinander gingen immer mehr Menschen statt in die Betriebe stempeln. Die Hausfrauen mußten immer größere Kunststücke aufführen, um auch mit weniger Geld auszukommen, sie blieben immer öfter beim Greißler schuldig und gingen immer öfter ins Versatzamt.

Eine gewisse Arbeitslosigkeit hatte es immer gegeben. Jetzt gab es bald mit überraschender Geschwindigkeit fast in jeder zweiten Familie einen Arbeitslosen. So wurde die Arbeitslosigkeit eine Selbstverständlichkeit.

So begann man am eigenen Leibe zu spüren, daß gegen die Krise auch Wien nicht gefeit war. Die Krise kam still, aber verheerend.

Am Gemeindebau in der Finkgasse wurde weiter gearbeitet. Täglich früh kamen die Arbeiter und nahmen die Werkzeuge. Die Scheibtruhen quietschten, die Kutscher schrien, der Kran drehte sich majestätisch wie vordem, und der Bau wuchs zusehends in die Höhe. Wenn man diesen wachsenden Riesen ansah, konnte man nicht glauben, daß sich in Wien etwas verändert hätte. Die Leute in der Finkgasse hatten das Symbol des Sozialismus täglich vor Augen, in ihren Wohnungen aber sahen sie in den immer leerer werdenden Topf und konnten sich diesen Zwiespalt nicht erklären.

Tatsache aber war, daß die Krise den Wall der Gemeindebauten überstiegen hatte und sich nun auch zwischen den gelben Riesenbauten breit machte.

Vielen stank der Pestgeruch der Krise in die Nase, viele bekamen da den ersten Stoß. Sie wankten in ihrem Glauben, ob der Weg der gelben Riesen der Weg zum Sozialismus sei. Die meisten aber gingen gläubig weiter, denn für sie schien die Krise etwas Fernes und Fremdes zu sein, das in ihre rote Stadt sozusagen importiert wurde. Denn sie begriffen nicht, daß die Krise in die rote Gemeinde Wien deshalb eindringen konnte, weil sie ein Teil eben jenes Kapitalismus war, der von der Fieberkrankheit der Krise so geschüttelt wurde, daß ihm schier der Atem ausging. Und wenn der Kapitalismus von der Krise geschüttelt wurde, wurde das rote Wien als sein Teil mitgeschüttelt. Die Leute wurden massenhaft herumgewirbelt, aus ihrer Lebensbahn geworfen, blieben als Opfer auf der Strecke, aber die meisten sahen die Zusammenhänge doch nicht. Die Gemeindebauten verdeckten ihnen die Aussicht, die radikalen Reden stopften ihnen die Ohren, die falschen Theorien trübten ihren Verstand.

Franz Hladik

Wirtschaftsfriede

"Mutter, wann kommt denn der Vater nach Hause?" fragt der etwa elfjährige Junge, der beim Küchentisch sitzt und sich vergeblich mit einer Rechenaufgabe abmüht. Die Mutter selbst hat wenig Zeit, sich mit dem Buben zu befassen, sie hat morgen ihre Näharbeit auszuliefern. Keinen Blick wendet sie von ihrer Arbeit. Die Nähmaschine rattert unaufhörlich, daß der Fußboden zittert.

"Was weiß ich, wo er heute so lange steckt. Überhaupt, laß mich jetzt in Ruh, du siehst, ich habe keine Zeit! Heute ist erst Mittwoch, und ich habe kein Geld mehr im Haus."

Der Rücken schmerzt sie, die Augen brennen. "Kein Geld im Hause!" Diese Tatsache ist der Motor, der die Maschine in Gang hält.

Im Stiegenhaus hören die beiden trotz des Lärmes die bekannten schweren Schritte des Vaters. Er tritt mit mürrischem Gruß ein, der Bub nimmt ihm Hut und Rock ab.

"Was war denn heute wieder los?" fragt die Frau.

"Wir hatten eine wichtige Betriebsversammlung", erzählt der Mann auftauend. "Der Betriebsleiter hat ein Ultimatum gestellt. Entweder Lohnkürzung oder Kurzarbeit und Personalabbau. Die Jungen waren wie die Wilden, überhaupt als der Gewerkschaftsvertreter in seinem Referat anführte, es sei in dieser Wirtschaftskrise einfach unmöglich, einen Kampf zu führen, da war der Teufel los! Alles, nur daß sie ihn nicht in Stücke gerissen haben. Im Tumult war es dann nicht mehr möglich, die Versammlung zu Ende zu führen. Morgen werden die Gewerkschaftsführer und die Betriebsleitung verhandeln."

"Da wird was Schönes herauskommen!" entgegnet die Frau. "Sag mir nur, warum läßt ihr euch das alles so ruhig bieten? Ihr habt doch eine Organisation, damit sie euch hilft und stützt, und jetzt sagen sie wieder, sie können nichts machen? Und was glaubst denn du?" fuhr die Frau ärgerlich fort. "Von wo soll ich das Wirtschaftsgeld hernehmen? Ich sitze die ganze Woche an der Maschine wegen der paar Schilling! Die Wohnung verdreckt, Wäsche ist zum Ausbessern, alles bleibt zurück. Soll ich mich wegen eurer feinen Gewerkschaft auch noch bei der Nacht hersetzen? Die Herren Gewerkschaftsführer! Ha, ha, ha!" höhnte die Frau erbost.

Ein kurzes Pochen an der Tür. Ein Mann schob sich in die Küche.

"Freundschaft, Genossen!" Der Vater blickte auf, indes die Frau unbeirrbar in ihre Arbeit vertieft blieb. Es war ein Vertrauensmann der Sozialdemokratischen Partei. Er sah von einem zum andern und erfaßte sofort die Situation, denn oft begegnet er eisigem Schweigen.

"Mir scheint", begann er mit süßlicher Miene, "ich komme heute ungelegen, da geh ich gleich wieder!"

Der Vater, der nicht unhöflich erscheinen wollte, erwiderte: "Nein, nein. Was bringen Sie denn?"

"Genosse, wollen Sie mir nicht Karten für ein Schutzbundfest abkaufen?"

"Und damit kommen sie zu uns?" fuhr die Frau dazwischen.

"Na, nicht so scharf", entgegnete der Angeredete, "ich komme ja zu Ihrem Mann, Genossin."

"Ah so, aber wirtschaften und einteilen muß ich. Das Fressen herschaffen, bis in die Nacht bei der Maschine sitzen, die Wohnung in Ordnung halten darf ich, weil es sonst niemand für mich macht. Und keine eigene Meinung haben? Nein, mein Lieber! Das schlagen Sie sich aus dem Kopf!"

"Donnerwetter, Ihre Frau hat Energie!" entgegnete der verblüffte Vertrauensmann.

"Gar so unrecht hat sie nicht", war die Antwort des Mannes. "Da wird ein Fest nach dem anderen gegeben, lange Konferenzen, Diskussionen, Bittgänge bei der Regierung und was weiß ich wo noch überall - und wa kommt dabei heraus?"

"Uns Arbeitern zieht man dabei schön sachte das Fell über die Ohren", warf die Frau ein. "Partei und Gewerkschaft vertrösten uns immer auf die Zukunft, wie die Pfaffen auf den Himmel, und wir können dabei verrecken!" Sich ereifernd fuhr sie fort: "Wissen Sie, ich sehe schon lange genug zu, aber jetzt habe ich das ganze satt. Ich wollte Ihnen das schon lange sagen, nur aus Rücksicht auf meinen Mann habe ich so lange geschwiegen. Eure Führer sind Verräter an der ganzen Arbeiterschaft. Ich möcht einmal einen von den Obermachern mit den paar Groschen wirtschaften lassen, damit er weiß, was das heißt. Dann schimpfen sie uns noch Interessenssozialisten. Für diese Herrschaften habe ich überhaupt kein Geld!"

"Aber, aber!" beschwichtigte der Vertrauensmann. Unbeirrt fuhr die Frau in ihrer Rede fort:

"Da gibt es kein 'Bitt Ihnen gar schön'! Sie stecken in derselben Elendshaut wie wir, spüren denselben Jammer. Dabei verteidigen Sie noch diese Lumpereien? Behalten Sie Ihre Festkarten für die mit dem hohen Einkommen! Und dann..." Sie wendet sich zur Kredenz, sucht in den Töpfen nach irgendetwas.

"Da haben Sie mein Büchl. Jahrelang hab ich gezahlt. Mir ists nicht um die paar Groschen zu tun, aber ich hab genug von der Politik eurer Partei!"

Der Vertrauensmann stotterte: "Genosse, waaas saaagen Sie daazu?"

Belustigt über die Fassungslosigkeit des Vertrauensmannes, der bei ihm Unterstützung suchte, lächelte der Angesprochene:

"So ist es, wie meine Frau sagt. Wir sind schon viele Jahre bei der Partei. Mein Vater hat in seiner Jugendzeit mitgekämpft, war eingesperrt, war auf der schwarzen Liste. Auch wir sind mit der Partei durch dick und dünn gegangen, waren stolz, wie sie groß geworden ist. Aber, Genosse! Die Alten müßten sich im Grab umdrehen, würden sie sehen, was heute mit uns gemacht wird, wie die Bonzen unsere schwer erkämpften Rechte verschachern. Als ehrlicher Sozialist kann ich diese Politik nicht mehr mitmachen. In dieser Partei habe auch ich nichts mehr zu suchen. Mich können Sie streichen!"

Alle Einwendungen des Vertrauensmannes stießen auf taube Ohren. "Sie sind heute verärgert. Morgen denken Sie schon anders!" "Nein", rief ihm der Mann mit fester Stimme nach, "wenn ich mich entschlossen habe, so bleibt es dabei!"

Seufzend entfernte sich der Vertrauensmann mit nachdenklicher Miene. "Ist ein ehrlicher Kerl", dachte er. "Redet von der Leber weg, wie er es denkt. Schade um die beiden, die waren gut. Sollten die zwei nicht doch recht haben?"

"Sag mir, Alte, wo hast du denn das alles her? Ich staune", begann der Mann.

"Spüren wir es nicht am eigenen leib, wie weit wirs bringen? Und dann: Du weißt ja, daß ich jetzt öfters im Kino war."

"Was hat denn das mit dem Kino zu tun?"

"Nichts!"... Aber dabei sah sie ihren mann verschmitzt lächelnd an: "Statt im Kino war ich in kommunistischen Versammlungen. Dort habe ich gehört, was wir von unseren Rednern niemals erfahren. Auch unser Platz kann nur bei den Kommunisten sein! Wenn alle mit ihnen gemeinsam kämpfen, brauchen wir um unsere Zukunft nicht zu bangen!"

(Die Rote Fahne,17.4.1932)

Hans Maier

Die Strasse marschiert

Und ob ihr sie hetzt und attackiert
In eurem wütenden Hasse,
Und ob ihr sie niederschlägt, massakriert -
Die Straße steht auf, die Straße marschiert -
Die arme, die hungrige Straße.

Und ob ihr auch Ruhe und Ordnung diktiert
Und wütet in feigem Entsetzen,
Und ob ihr den Henker mobilisiert -
Die Straße geht weiter, die Straße marschiert
Nach ehernen eignen Gesetzen.

Und ob ihr Standrecht proklamiert,
Sie wird sich stets neu erheben;
Und ob ihr Mörderbanden formiert -
Und ob sie auch blutet, die Straße marschiert
Die Straße, die Straße will leben.

Die Straße marschiert, da nützt kein Verbot
Euch Herren, kein weißer Schrecken;
Die Straße hat Hunger, die Straße will Brot
Da schützt euch kein Teufel, kein Bonze, kein Gott:
Die Straße, sie will nicht verrecken.

Die Straße marschiert, mit eisernem Tritt
Marschieren die kämpfenden Massen.
Auf dem ganzen Erdball marschieren mit
Im Haßgesang und klirrenden Schritt -
Die rebellierenden Straßen.

Und ob ihr euch feige verbarrikadiert
Hinter Säbel und Pfaffensegen;
Und ob ihr sie tausendfach füsiliert -
Die Straße, sie lebt, die Straße marschiert -
Dem Freiheitsmorgen entgegen.

(Die Rote Fahne, 6.8.1931)